ROTE ANNELIESE

Nr. 182 / April 2004 Fr. 6.–

Leukerbad: Jetzt redet Walter Gehrig

Seite 4

Firma-Schwindel

- Beton-Volken narrt die Gemeinde Lax
- Richter lässt ihn laufen!

Seite 12

Janis Joplin

Freiheit und Tod

Seite 16

Schlamperei der Fremdenkontrolle

Zigeuner willkürlich eingesperrt!

Seite 10

Gsponer & Co: Subventionsjäger wollen Steuern senken Seite 6

Affäre Conti Neri:
Hoch lebe die Bananenrepublik!

Zwei Jahre ist es her, als die RA die Affäre Conti Neri aufdeckte. Die Firma Möbel Gertschen AG hatte ein Schwarzgeldkonto in Millionenhöhe geführt. Die Liste wurde der RA zugespielt. Auf Intervention der RA hat das kantonale Untersuchungsrichteramt eine Strafuntersuchung eingeleitet. Zudem kamen Dutzende von Verfahren der kantonalen und eidgenössischen Steuerbehörden, sowie der Sozialversicherungen in Gang.

*

Anfangs April 2004 erklärte der zuständige Untersuchungsrichter Jean-Pierre Greter auf Anfrage, dass der Untersuchungsbericht vorliege und dass die Untersuchungsakten demnächst an die Staatsanwaltschaft weitergereicht werden. Die Strafuntersuchung richtet sich hauptsächlich gegen den früheren Firmenverantwortlichen Willy Gertschen und den letzten VR-Präsidenten Paul-Bernhard Bayard, sowie gegen einen Geschäftsführer und einen Buchhalter.

*

Bayard ist auch Betreibungsbeamter und damit der Oberaufsicht des Staatsrates unterstellt. Justizminister Jean-René Fournier weigerte sich bisher, Bayard zu suspendieren, obwohl die polizeilichen Ermittlungen gegen Bayard den Untersuchungsrichter dazu bewogen, eine Strafuntersuchung einzuleiten. Trotzdem ist Bayard immer noch in Amt und Würden. Wenn es so weitergeht, wird Bayard sein Amt auch dann behalten, wenn er einmal rechtskräftig verurteilt sein wird. Es lebe die Bananenrepublik!

Kurt Marti

Inhalt

GrandAlp: Nachwehen ▶ Seite 3

Leukerbad: Gehrig klagt an ▶ Seite 4

Steuersenker: Subventionsjäger! ▶ Seite 6

Marcel Kummer: Streit mit Förster ▶ Seite 7

Steuerpaket: Schlecht fürs VS ▶ Seite 8

Rolf Escher: Der erste Stoss ▶ Seite 9

Gomesia-Park: Lahme Enten ▶ Seite 9

Zigeuner: Staats-Willkür ▶ Seite 10

Justizia Wallis: Gut geschlafen? ▶ Seite 11

Beton-Volken: Katz und Maus ▶ Seite 12

Laxer Alpe: Gras in Sitten ▶ Seite 13

Neutralität: Finnland in EU ▶ Seite 14

Schon gewusst? Haarsträubendes ▶ Seite 15

Janis Joplin: Freiheit und Tod ▶ Seite 16

Wohin frau/man geht ▶ Seite 18

Zitäter Aber, aber... ▶ Seite 19

FC Sitten: Ecône lebt! ▶ Seite 20

Impressum

Rote Anneliese
Auflage: 3000
Jugendabo: Fr. 20.–
Jahresabo: Fr. 40.–
Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktor
Kurt Marti

Freie MitarbeiterInnen
Hilar Eggel
Marie-Theres Kämpfen
Marc Kalbermatter
Renata Werlen
Patrick Zehner

Sekretariat
Ursula Schild

Satz und Druck
s+z Gut zum Druck
3902 Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

Dicke Eier

Da habt ihr Euren Cina-Blocker!

Kein Tag vergeht, ohne Zetter und Mordio des CVPO-Publikationsorgan gegen die Sparpolitik des Bundes. Ganz grossen Mut erforderte ebenfalls die Attacke gegen Bundesrat Christoph Blocher und seinen Unterwalliser Troubadour. Das kostet nichts und trägt von links bis rechts Schulterklopfen ein. Doch wo war das CVP-Blatt, als es in den letzten Jahren darum ging, CVP-Nationalrat Jean-Michel Cina zurückzupfeifen und in den Senkel zu stellen? Wo war der WB als Cina mit der Mehrheit der CVP-Fraktion die Steuer- und Sparpakete durchs Parlament boxte? Und wo als Cina und der ehemalige Raiffeisen-Bänkler Felix Walker die Sparmassnahmen gar verdoppeln wollten? Auf Tauchstation! Das CVPO-Blatt lobte Cina immer über den grünen Klee und Walker wurde gar als «Oberwalliser Nationalrat» gehandelt. Die RA hat Cinas verheerende Politik immer wieder angeprangert und ihn gar als Steuerflüchtling entlarvt. Die Kritik der RA wurde von der gesamten Oberwalliser Medienlandschaft totgeschwiegen. Cinas glänzende Wiederwahl ist wesentlich auf die kritiklose Oberwalliser JournalistInnengilde zurückzuführen. Jetzt habt Ihr Euren Cina-Blocker. Aber steht dazu!

Felix Ruppen: Mehr Subventionen für Feuerwehrhelme

Ist das nicht ungerecht? Die Feuerwehrhelme der Stützpunktfeuerwehr werden zu 80 Prozent vom Kanton subventioniert, jene der Ortsfeuerwehren nur mit 30 bis 45 Prozent. In den Augen des Natischer CVPO-Grossrats Felix Ruppen darf diese *«ungleiche Behandlung»* nicht sein. Und er fordert eine Angleichung der Subventionen. Aufgrund der CVPO-Sparforderungen müsste man annehmen, dass die Angleichung nach unten auf 45 Prozent vorgenommen würde. Gross ist das Erstaunen aber, wenn man den letzten Satz aus Ruppens Motion liest: *«Die allfälligen Mehrkosten könnten beispielsweise durch einen kantonalen Einkauf abgedeckt werden.»* Gespannt warten wir auf Ruppens Erklärung für den etwas unklaren Begriff «Mehrkosten».

Ignace Rey: Schon wieder die CVP!

Was der WB lieber nicht sagt, liefert die RA immer wieder gerne nach. Beim 100 Millionen-Debakel der Lehrerpensionskasse kam der WB zwar nicht darum herum, die Namen der Verantwortlichen zu nennen. Über die Parteizugehörigkeit hingegen liess man die WB-LeserInnen im Dunkeln. Denn wie Otto G. und Konsorten gehörte Ignace Rey der CVP an und sass gar im Grossen Rat. Für den Nationalrat reichte es ihm hingegen nicht ganz. Rey und Otto G. in Bern: Ein Traumduo!

GrandAlp-Pleite:
■ Aletsch Riederalp Bahnen verlieren 50 000 Franken
■ Angestellte kämpfen vor Arbeitsgericht für ihre Löhne

Hotel Aletsch in Mörel:
Ausstehende Mieten von 100 000 Franken

AHV- und Pensionskassenbeiträge fehlen!

MÖREL/RIEDERALP – **Die Aletsch-Riederalp-Bahnen haben sich mit der GrandAlp SA geeinigt und müssen 50 000 Franken in den Kamin schreiben. Währenddessen kämpft ein Teil der Angestellten vor Arbeitsgericht um ihre Löhne. Zudem fehlen bei den zuständigen Kassen die Sozialabgaben der AHV und Pensionskasse.**

VON KURT MARTI

Nachdem die RA über die Misswirtschaft der Grandalp SA berichtet hatte, musste diese das Hotel Aletsch in Mörel, das Relais Alpina-Bellevue auf der Riederalp und das Casa Rustica in Zermatt räumen. Einzig das Bahnhofbuffet in Zermatt ist noch offen. Auch hier sind die Verhandlungen mit der Matterhorn Gotthard Bahn im Gang. Laut Insider-Informationen steht die Grandalp SA kurz vor dem Konkurs.

Viel Arbeit für das Arbeitsgericht

Nachdem im Februar die Löhne der Angestellten bloss zu 80 Prozent ausgezahlt wurden, beglich die GrandAlp Mitte März die restlichen 20 Prozent mit Ach und Krach. Mit der Schliessung der drei Restaurants wurden zwei Dutzend Angestellte entlassen. Fünf Angestellte zogen die GrandAlp vors Arbeitsgericht. Die Interessen der GrandAlp vertritt der Zermatter Anwalt Thomas Julen (siehe Kasten). Es geht um die Abgeltung der Ferien- und Feiertage sowie der Überstunden. Zudem hat bisher noch niemand den 13. Monatslohn erhalten, wie die Gewerkschaft Bau und Industrie GBI bestätigt. Neun weitere Angestellte haben ihre Forderungen aussergerichtlich deponiert. Einige Fälle konnten bereits aussergerichtlich gelöst werden. Laut GBI-Sekretärin Judith Venetz sind zudem die gesamten AHV- und BVG-Beiträge nicht eingezahlt worden. Dafür wird die GrandAlp von der Hotela-Versicherung betrieben.

Schadenersatz für 300 000 Franken

Knapp bei Kasse zeigten sich die GrandAlp-Profis auch gegenüber den Aletsch Riederalp Bahnen. Kurz nach Veröffentlichung des RA-Artikels drohten sie dem VR-Präsidenten Albert Bass und dem VR-Mitglied Hans Kummer mit einer Schadenersatzklage in der Höhe von 300 000 Franken. Begründet wurde diese Forderung mit dem wirtschaftlichen Schaden, welcher der GrandAlp durch die Bezeichnung «Hochstapler» in der RA entstanden sei. Inzwischen kam eine Einigung mit der GrandAlp zustande. Laut Bass zahlt die Grandalp die Hälfte der ausstehenden Mieten im Gesamtbetrag von 100 000 Franken. Folglich mussten die Aletsch Riederalp Bahnen 50 000 Franken ans Bein streichen.

Restaurant Simplonblick, Raron: Thomas Julen, Angestellten-Schreck

(ktm) Wenn der Zermatter Anwalt Thomas Julen die GrandAlp SA gegen die Interessen der Angestellten vor Arbeitsgericht vertritt, kann er sich auf ein reiches Erfahrungswissen in eigener Sache abstützen. Julen ist in seiner Eigenschaft als Eigentümer und Arbeitgeber des Hotels Simplonblick in Raron ein regelmässiger Kunde vor dem Arbeitsgericht. Im Jahr 2003 musste er sich dort vier Mal in eigener Sache rechtfertigen. Laut GBI-Sekretärin Judith Venetz geht es immer um dieselben Probleme: Ausstehende Ferien- und Feiertagsabgeltungen, Überstundenguthaben, Sozialleistungen, Kinderzulagen und Krankentaggelder. Auch das System ist immer dasselbe, wie Venetz ausführt: Sobald die Angestellten ihre Ansprüche an Überstunden oder Feriengeld geltend machen, droht Julen mit der fristlosen Kündigung. Zur Zeit sind noch zwei Dossiers vor dem Arbeitsgericht. Ausstehend sind auch AHV- und Pensionskassenbeiträge.

Hans Kummer: Explosives Verhältnis mit Albert Bass

(ktm) Das Klima zwischen Albert Bass und Hans Kummer im Verwaltungsrat der Aletsch Riederalp Bahnen hat sich mit der GrandAlp-Pleite weiter abgekühlt. Gegenüber der RA bezichtigt Kummer seinen VR-Kollegen der zweifachen Lüge: Erstens stimme es nicht, dass Bass die Riederalpbahnen rechtzeitig gewarnt habe: *«Das ist eine Lüge»*, sagt Kummer. Zudem habe nicht Bass die Notbremse in der GrandAlp-Affäre gezogen, sondern er selbst und zwar bereits im Dezember 2003. Bass schlägt zurück und sagt, dass Kummer und auch der Anwalt Odilo Guntern einen hundslausigen Vertrag mit der GrandAlp SA abgeschlossen hätten. Dies hätte die Verhandlungen massiv erschwert. Die 50 000 Franken, welche die Aletsch Riederalp Bahnen abschreiben müssen, will Bass bei den Dividenden kürzen. Wie Insider berichten, wird Bass im Verwaltungsrat vorgeworfen, er hätte nicht genug hart mit den GrandAlp-Männern verhandelt.

Leukerbad-Debakel: Zivilrechtliche Dimension

- **Undifferenzierte Verjährungunterbrechung**
- **Otto G. Loretan und Kritiker im selben Topf**

Walter Gehrig: «Das ist Rufschädigung!»

LEUKERBAD – **Um die Verantwortlichen des Leukerbad-Debakels zivilrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen, wurde die Verjährung unterbrochen. Auf der alljährlich verschickten Liste befindet sich auch der Name von Walter Gehrig. Zusammen mit Otto G. Loretan und Konsorten wird er beschuldigt, das Gesetz übertreten und der Gemeinde Schaden zugefügt zu haben. Dabei hatte Gehrig als Mitglied des Kontrollorgans als erster vor dem Finanz-Debakel gewarnt und wurde ausgelacht.**

VON KURT MARTI

An den Urversammlungen von 1989, 1990 und 1992 machte der Dorfkönig Otto G. Loretan mit seinem heftigsten Kritiker Walter Gehrig kurzen Prozess. In seiner Funktion als Mitglied des Kontrollorgans der Gemeinde hatte Gehrig mit klaren Worten die stetig wachsende Verschuldung der Gemeinde kritisiert, welche 1991 eine Höhe von 54 Millionen erreichte. Nach vollständigem Verlesen des Kontrollberichts wurde Gehrig von Otto G. lächerlich gemacht und die Urversammlung ignorierte die Warnungen. *«Dich mache ich fertig!»*, versuchte danach Otto G. seinen Widersacher unter vier Augen einzuschüchtern.

Wie Gehrig später erfuhr, hatte es Otto G. Loretan über «Hintertürchen» geschafft, dass Gehrig schlussendlich als Direktor der Klinik SVK zurücktrat. Die Klinik ging danach in die Hände einer deutschen, gewinnorientierten Klinikgruppe, deren VR-Präsident für die Schweiz Otto G. Loretan wurde! Notabene nachdem Gehrig das vorher abbruchreife «Lähmungsinstitut» zu einer modernen und gut belegten Klinik gemacht hatte. Zwei Tage nach der Demission schlug der Walliser Bote auf Gehrig ein. Dazu Gehrig: *«WB-Redaktor Luzius Theler hat mit mir überhaupt nicht gesprochen. Offenbar hatte er andere Informationskanäle.»* Otto G. sass noch fest im Sattel und der WB trottete brav hinterher.

Kritiker oder Täter: Was ist da der Unterschied?

Verärgert sitzt Walter Gehrig am Tisch und legt die Verjährungsunterbrechung vom 13. November 2003 auf den Tisch. Auf der Liste steht neben Otto G. und Konsorten auch sein eigener Name. Insgesamt sind es 24 Namen von ehemaligen Gemeinderäten, Gemeindeangestellten und Mitgliedern des Kontrollorgans. Auf dem Rechtsbot (siehe Kopie unten) wird auch Gehrig von Gemeindeanwalt Richard Steiner und vom ehemaligen Beirat Walter Lengacher bezichtigt, das Gesetz übertreten und damit der Gemeinde Schaden zugefügt zu haben. Diese Beschuldigung erhält Gehrig nun schon zum fünften Mal seit 1999, damals erstmals ausgesprochen vom Walliser Staatsrat und unterzeichnet vom Staatskanzler Henri von Roten. Jedes Jahr hat Gehrig bei Steiner gegen dieses Vorgehen schriftlich protestiert: *«Ich bestreite mit Vehemenz der Gemeinde Leukerbad irgendwelchen Schaden zugefügt zu haben. Das undifferenzierte Vorgehen von Herrn Dr. R. Steiner ist für mich kredit- und rufschädigend.»* Im November 1999 wird Gehrig von Steiner abgeputzt: Er solle sich zuerst bei einem Anwalt informieren. Erst vier Jahre später, im November 2003, bequemte sich Steiner zu einer Erklärung an Gehrig. Laut Steiner kann nicht der Beirat oder der Anwalt entscheiden, wer zivilrechtlich zur Rechenschaft gezogen werde oder nicht. Dazu brauche es zuerst ein rechtskräftiges Strafurteil.

PUK über Gehrig: «Besonders pflichtbewusst»

In keinem Moment der Untersuchung und der Anklage im Leukerbad-Prozess ist nur der Hauch eines Fehlverhaltens von Gehrig aufgetaucht. Im Gegenteil! Die PUK Leukerbad hält im November 2000 in einer speziellen Erklärung an Gehrig persönlich fest, dass dieser *«anfangs der neunziger Jahre als Erster und Einziger einen ausführlichen, mehrseitigen und äusserst kritischen Kontrollbericht zur finanziellen Lage der Gemeinde verfasst hat.»* Gehrigs Anhörung durch die PUK ist laut PUK-Erklärung in *«Würdigung der besonders pflichtbewussten, besorgten Arbeit als Mitglied des Kontrollorganes erfolgt.»* Angesichts dieser Umstände versucht Beirat Lengacher eine fadenscheinige Begründung: *«Bis das Strafurteil vorliegt, weiss man nie, was noch herauskommt.»* Doch er fügt auch an: *«Ich kann Gehrig gut verstehen.»* Laut Lengacher wird in den nächsten Wochen oder Monaten definitiv entschieden, gegen wen zivilrechtlich Schadenersatzklage eingereicht wird.

Im Fall der Verantwortlichen der diversen Aktiengesellschaften ging der Beirat wesentlich differenzierter ans Werk. Nur gegen einen Teil der ehemaligen Verwaltungsräte, Direktoren und Revisoren ist beim Bezirksgericht Leuk eine Schadenersatzklage eingereicht worden. Aufgrund einer schriftlichen Beurteilung des Gemeindeanwaltes wurde gegen den Rest der Personen keine Anklage erhoben. Laut Lengacher wird in den nächsten Wochen oder Monaten darüber entschieden, ob die eingereichten Klagen weitergezogen oder fallengelassen werden.

```
1. Sie haben in der Munizipalgemeinde Leukerbad eine Funktion
   ausgeübt, sei es als Gemeinderatspräsident, als Gemeinderat,
   als beamteter Gemeindeangestellter oder als Mitglied des
   Kontrollorgans.

2. In Uebertretung des Gesetzes über die Gemeindeordnung haben
   Sie als Amtsträger, beamtete Angestellte der Gemeinde und
   als Mitglieder der Kontrollstelle der Munizipalgemeinde
   Leukerbad Schaden zugefügt, indem Sie Verpflichtungen
   eingegangen sind und Bürgschaften unterzeichnet haben, ohne
   die gesetzlich vorgeschriebenen Formen einzuhalten.

3. Es wird Ihnen gegenüber hiermit Schadenersatz im Umfang von
   Fr. 212'348'435.85 nebst Zinsen geltend gemacht.
```

Kopie aus der Verjährungsunterbrechung:
Fünf Jahre lang musste sich Walter Gehrig diese Beschuldigungen gefallen lassen.

RA-Recherche zeigte Wirkung!

(ktm) Kurz vor Redaktionsschluss zeigten die RA-Recherchen Wirkung. Was Walter Gehrig fünf Jahre erfolglos versucht hatte, wurde in zwei Wochen Wirklichkeit: Anwalt Richard Steiner hob die Verjährungsunterbrechung gegen Walter Gehrig auf. Steiner bittet um Verständnis, falls *«Ihnen durch die jeweilige Verjährungsunterbrechung Unannehmlichkeiten entstanden sein sollten.»*

Die Verjährungsunterbrechung wurde im gleichen Brief auch für 21 weitere ehemalige Gemeinderäte und Kontrollorganmitglieder aufgehoben, namentlich: Edelbert Loretan, Gregor Schnyder, Reinhold Tschopp, Kurt Roten, Franziska Rieder-Mengis, Konstantin Grichting, Rainer Matter, Rudolf Allet, Roland Franzen, Lothar Loretan, Josef Allet, Gabriel Grichting, Georges Sigrist, Jean-Roland Roten, Hermann Imboden, Romeo Possa, Christian Grichting, Manfred Loretan, Norbert Zimmermann, Nestor Grichting, Hans Jäger.

Auf Grund der erstinstanzlichen Urteile im Leukerbad-Prozess wird die Verjährungsunterbrechung nach wie vor gegen Otto G. Loretan und gegen den ehemaligen Gemeindeschreiber Hans-Ruedi Grichting aufrecht erhalten. Dasselbe gilt laut Steiner für das Treuhandbüro Ritz in Naters. Gehrig ist erleichtert, dass Steiner endlich *«vom hohen Ross»* heruntergeholt wurde.

Es geht gleich weiter...

Schlendrian ist an der Tagesordnung

In Leukerbad geht es so weiter wie zuvor. Die RA pickt dafür zwei Fälle unter vielen heraus: Die Privilegien der Lindner Hotels und die Ungereimtheiten des Quartierplanes «Edelweiss». Wer in Leukerbad kritische und berechtigte Fragen stellt, wird von der Gemeinde und vom Kanton am Narrenseil heruntergelassen und resigniert früher oder später.

Fall 1: Dorfplatz und Lindner Hotels

Im April 2001 weist Walter Gehrig den Gemeinderat schriftlich darauf hin, dass der geplante Eingang mit Brunnenanlage der Lindner Hotels auf dem Boden der Gemeinde zu stehen kommt. Zudem hält Gehrig fest, dass die Lindner Hotels das Parkplatzverbot auf dem Dorfplatz *«mit Füssen treten.»* Er verlangt den Einbezug der Bevölkerung in die Planung und warnt vor einer *«Fortsetzung der früher betriebenen Politik.»* Keine Reaktion! Mehr als ein Jahr später, im Dezember 2002, wendet sich Gehrig an den Walliser Staatsrat. Trotz seiner Eingabe habe der Gemeinderat im Grundbuch die folgenden, beschränkten dinglichen Rechte zu Gunsten der Lidner Hotels eintragen lassen:

1. Überbauungsrecht für die Dauer von 99 Jahren
2. Benutzungsrecht am Dorfplatz für die Dauer von 20 Jahren
3. Halterecht mit Fahrzeugen für die Dauer von 99 Jahren

Wie Gehrig in seinem Brief an den Staatsrat ausführt, hat der Gemeinderat damit klar gegen Artikel 16 des Gesetzes über die Gemeindeordnung verstossen, welches für die Gewährung von beschränkten dinglichen Rechten einen Beschluss der Urversammlung verlangt. Auch das Verkehrsreglement der Gemeinde sei *«völlig missachtet worden»*. Dieses verbiete nämlich den Bau von neuen Parkplätzen in der Fussgängerzone. Zudem sei dies eine unzulässige Bevorzugung der Lidner Hotels, und damit ein Verstoss gegen den Gleichheitsartikel in der Kantonsverfassung.

Staatsrat Schnyder: Irrtümlicherweise...

Nun beginnt das übliche Ping-Pong der Kantonsverwaltung: Staatskanzler Henri v. Roten *«beehrt sich»*, den Empfang des Briefes zu bestätigen und zur Prüfung weiterzuleiten. Dann meldet das Grundbuchinspektorat aus dem zuständigen Departement Wilhelm Schnyders, man sei leider *«nicht zuständig»*. Doch nichts passiert. Hierauf wendet sich Gehrig schriftlich an Staatsrat Wilhelm Schnyder. Dieser erklärt ein halbes Jahr nach Eingang des ersten Briefes an den Staatsrat, die diversen Abklärungen hätten *«etwas Zeit in Anspruch genommen»*. Der Fall sei irrtümlicherweise in seinem Departement gelandet. Zuständig sei jedoch das Departement für Institutionen und Sicherheit von Jean-René Fournier. Dessen Jurist verlangte Mitte 2003 von der Gemeinde die Unterlagen. Seither herrscht absolute Funkstille. Die Lindner Hotels haben inzwischen Fakten geschaffen: Der Eingang, die Brunnenanlage und die Parkplätze auf Gemeindeboden sind gebaut, ohne dass ein rechtsgültiger Beschluss der Urversammlung vorliegt.

Überbauung «Edelweiss»

Fall 2: Überbauung «Edelweiss»

Im Juni 2002 reicht Walter Gehrig bei der Gemeinde Anzeige gegen die Überbauungen Edelweiss der Baufirma Vitus Schnyder ein. Gehrig hält fest, dass die Bauarbeiten begonnen wurden, ohne dass der Quartierplan «Edelweiss» gemäss kommunaler Bauordnung im Grundbuch eingetragen wurde. Zudem seien die Aushubtransporte auf den Campingplatz ohne die Bewilligung der kantonalen Baukommission ausgeführt worden und somit ebenfalls widerrechtlich. Eine Kopie der Anzeige ging an den Walliser Staatsrat. Sofort *«beehrt»* sich Staatskanzler Henri v. Roten, den Empfang der Anzeige zu bestätigen und zur Prüfung weiter zu.

Zwei Wochen später bestätigt die Gemeinde Leukerbad per Mail, dass der Quartierplan tatsächlich noch nicht vom Kanton homologiert sei. Trotzdem sei die Baubewilligung erteilt worden, aber nur für zwei Stockwerke. Mit dem dritten Stockwerk hingegen dürfe erst begonnen werden, wenn der Quartierplan rechtskräftig sei. Im weiteren bestätigt die Gemeinde, dass die Terrainverschiebungen auf dem Campingplatz ohne Bewilligung der kantonalen Baukommission ausgeführt wurden. Trotz dieser eindeutigen Fakten hält der Kantonsjurist Claude Pittet fest, aus Gehrigs Eingabe könne nicht entnommen werden, dass die kommunalen Baupolizeibehörden ihre Pflichten vernachlässigt hätten. Auf die Eingabe könne deshalb nicht eingetreten werden.

Im April 2003, fast ein Jahr später, stellt Gehrig *«überrascht und verärgert»* fest, dass die Bauherrschaft mit dem Bau des dritten Stockwerks begonnen hat. Gehrigs Erkundigungen beim Grundbuchamt Leuk ergeben, dass der Quartierplan «Edelweiss» immer noch nicht eingetragen ist. Sofort verlangt er von der Gemeinde die sofortige Einstellung des Baus. Eine Kopie geht wiederum an den Walliser Staatsrat. Wiederum *«beehrt sich»* Staatskanzler v. Roten. Einen Monat später antwortet der Kantonsjurist Martin Zurwerra und verlangt, was Gehrig schon vor einem Jahr ausführlich eingereicht hatte: Eine formgerechte Sachverhaltsdarstellung mit Anträgen an den Staatsrat!

Gemeindepräsident Jean-Roland Roten seinerseits schreibt an Gehrig: *«Die summarische Prüfung hat ergeben, dass auf Ihre Eingabe nicht eingetreten werden kann. Wir werden diese jedoch in den nächsten Tagen noch näher überprüfen und ihnen anschliessend definitiv Bescheid geben.»* Seit dem letzten Frühjahr wartet Gehrig nun auf eine Erklärung. Die Baufirma Vitus Schnyder hat das erste Haus der Überbauung Edelweiss bereits fertig erstellt und die ersten Wohnungen sind bezogen.

«Aktion hohle Hand» der Walliser Wirtschaftslobbyisten

Subventionsjäger wollen die Steuern senken!

Thomas Gsponer und Jérémie Robyr:
Kein Wunder sind die Taschen leer!

WALLIS – **Wenn es gilt, Beiträge aus der Staatskasse zu ergattern, stehen sie in der vordersten Reihe: Die Subventionsjäger im Umkreis der Wirtschaftsverbände. Jetzt wollen sie den Staatstopf auch direkt abmurksen. Mit einer Steuersenkungsinitiative, welche den Kanton um weitere 70 Millionen brächte. Als Folge würden die Gemeindesteuern und die Gebühren massiv ansteigen.**

VON KURT MARTI

«Ja zu fairen Steuern für das Wallis» heisst die vor kurzem lancierte Steuersenkungs-Initiative der Wirtschaftsverbände. Würde die Initiative angenommen, käme es zu Mindereinnahmen des Kantons von 70 Millionen. Zusammen mit den Auswirkungen des eidgenössischen Steuerpaketes ergäbe das Einnahmeausfälle von rund 200 Millionen. Als Folge müssten die Gemeindesteuern um mindestens 15 Prozent erhöht werden. Zu rechnen ist auch mit einer massiven Erhöhung der Gebührenlast.

Thomas Gsponer nippt gerne am Staatstropf

Das scheint die Vertreter der Wirtschaftsverbände wenig zu kümmern. Denn neben dem Steuersenken ist ihre Lieblingsbeschäftigung die Subventionsjägerei. Zum Beispiel Thomas Gsponer, Direktor der Walliser Industrie- und Handelskammer: Die Handelskammer erhielt bis vor kurzem 260 000 Franken aus der Kantonskasse als Sockelbeitrag. Dazu Gsponer grosszügig: *«Diesen Betrag wollen wir jetzt nicht mehr. Das wäre ein Widerspruch zu unserer Initiative.»* Folgerichtig müsste sich Gsponer auch von weiteren Subventionen trennen. Info Valais, deren Geschäftsführer Gsponer ist, erhält jährlich einen Sockelbeitrag von 60 000 Franken und zusätzlich projektbezogene Beiträge. Letztere betrugen 2002 rund 600 000 Franken, im Jahr 2003 noch rund 200 000 Franken und im laufenden Jahr erwartet Gsponer weitere 200 000 Franken.

Handelskammer funktioniert wie eine Dienststelle

Doch damit nicht genug! Gsponers Mitarbeiter Arthur Kahl ist auch Sekretär der *«Gesellschaft zur Förderung der Walliser Autobahnraststätten»*. In der Staatsrechnung ist dafür eine Subvention von rund 800 000 Franken aufgeführt. Gsponer protestiert: *«Das ist falsch verbucht. Den Betrag haben wir nie erhalten.»* Laut Pierre Bonvin, Chef der Dienststelle für Finanzen, *«gibt es keinen Anlass, die aktuelle Buchhaltungspraxis zu ändern.»* Sonst wäre gemäss Bonvin die Transparenz nicht gewährleistet. Die Gesellschaft in der Obhut der Walliser Handelskammer hat vom Staat Wallis den Auftrag, die Beiträge für die Restaurants und die Benzinausgabe einzutreiben und kann damit ihre Kosten decken. Übrigens hat Kahls suboptimale Mission in Milano den Kanton weitere 300 000 Franken gekostet. Die Handelskammer funktioniert über weite Strecken wie eine kantonale Dienststelle, die sich den eigenen Ast absägt.

Jérémie Robyr: Incoming-Pleite auf Kantonskosten

Pikanterweise hat Gsponer seinen letztjährigen Nationalrats-Wahlkampf indirekt und teilweise mit Kantonssubventionen geführt. Bekanntlich gründete er die IG Neat und in dieser Funktion hat er eine Input-Output-Studie über die Auswirkungen der Neat aufs Oberwallis präsentiert. Beste Wahlpropaganda mit satter Untermalung des WB. Die Studie wurde vom Institut für Wirtschafts- und Sozialfragen (IWS) in Visp mitfinanziert, und zwar mit dem jährlichen Sockelbeitrag aus der Kantonskasse in der Höhe von 45 000 Franken und dem einmaligen Beitrag von 50 000 Franken.

Doch Gsponer ist nicht allein. Jérémie Robyr, Präsident von Wallis Tourismus, gehört ebenfalls zur Gattung der steuersenkenden Subventionsjäger. Wallis Tourismus wird vom Kanton jährlich mit 1,2 Millionen gestopft. Hinzukommen Aktionsbeiträge in Millionenhöhe; im Jahr 2002 waren es rund 1,3 Millionen. Tief in die Tasche greifen musste der Kanton ebenfalls für die Valais Incoming-Pleite, welche mit rund 200 000 Franken zu Buche schlug. Der Präsident hiess: Jérémie Robyr.

Unterstützungs-Komitee «Hohle Hand»

Weitere Unterzeichner der Initiative und gleichzeitig Mitglieder der Aktion «Hohle Hand» sind: Jacques-Roland Coudray, Präsident der Handelskammer und Vorstandsmitglied von Wallis Tourismus; Paul-Bernhard Bayard, Betreibungsbeamter mit staatlich gesichertem Mindesteinkommen von 80 000 bis 150 000 Franken und im Vorstand der Handelskammer, Pierre-Alain Burgener, Angestellter der Handelskammer und Sekretär des Walliser Seilbahnverbandes, welcher immer lauter nach Kantonssubventionen schreit; Stephan Mischler, Lonza-Direktor und Vertreter der Walliser Industrie, welche alljährliche Stromsubventionen von rund 6 Millionen Franken einsteckt.

Oberwalliser Waldwirtschaftsverband gegen Wald-Demo

Marcel Kummer bringt Förster auf die Palme!

Marcel Kummer:
Vor lauter Bäumen den Wald verloren...

OBERWALLIS – **Der Waldwirtschaftsverband Oberwallis (WWVO) unter dem Präsident Marcel Kummer hat sich gegen die Wald-Demo von Ende März ausgesprochen. Die Oberwalliser Förster sind empört. Der Rücktritt von Kummer wird gefordert. Ein schon lange schwelender Konflikt geht seinem Höhepunkt entgegen.**

VON KURT MARTI

«Das ist eine Lüge. Ich habe mich nicht gegen die Kundgebung in Bern gestellt», lässt der Oberwalliser Waldwirtschaftspräsident Marcel Kummer die RA wissen. Im Protokoll der Vorstandssitzung des WWVO hingegen steht klipp und klar, dass der Vorstand beschlossen hat, die Kundgebung in Bern *«nicht aktiv zu unterstützen»*. Und ebenfalls an der Vorbereitungssitzung der Demo-Verantwortlichen in Sitten erklärte Kummer seine Opposition, wie Insider berichten. Damit stand der Oberwalliser Waldwirtschaftsverband allein auf weiter Flur, denn die Demo wurde von Waldwirtschaftsverbänden aus 10 Kantonen unterstützt, darunter der Walliser Waldwirtschaftsverband CAFOR (Communauté des Associations Forestières Régionales du Canton du Valais).

Kündigungen und Time-Outs

Der WWVO-Beschluss ist die Folge eines schon lange schwelenden Konfliktes zwischen den Revierförstern des Oberwallis und dem WWVO-Präsidenten Kummer, der gleichzeitig Burgerpräsident von Bitsch und Präsident des Forstreviers Aletsch ist. Aus Protest gegen den Führungsstil Kummers hat Simon Bohnet, Leiter des Forstreviers Aletsch, auf Ende Juli gekündigt. Und der Visper Kreisförster Bellwald hat seine Arbeit in der Steuergruppe des Waldwirtschaftsverbandes sistiert: *«Ich habe ein Time-Out genommen. Ich brauche eine Bedenkzeit, weil es hier um etwas sehr Wesentliches geht.»* In einem Rundmail an die Forstverantwortlichen im Oberwallis schreibt Bellwald, *«dass die Erhaltung des Schutzwaldes die Sache aller echt am Wald Interessierten sein muss.»*

Der Wind dreht gegen Kummer

Die Revierförster des Oberwallis erwarten an der nächsten Delegiertenversammlung des WWVO eine Klärung. Allgemein wird mit dem Rücktritt Kummers gerechnet, der schon mehrmals gedroht hat, den Bettel hinzuwerfen. Die Förster als Arbeitsnehmer fordern, viel besser im WWVO integriert zu werden. Bis jetzt werden die Förster vom Waldwirtschaftsverband Oberwallis, also dem Verband der Burgerschaften als Waldbesitzer, oft von oben herab behandelt und nicht als gleichberechtigte Gesprächspartner. Dass der Wind allmählich gegen Marcel Kummer dreht, zeigt die Tatsache, dass in Bern mehrere Vertreter der Burgerschaften gesichtet wurden, unter anderem der Brig-Gliser Burgerpräsident Richard Guntern. Der WWVO-Vizepräsident und Gemeindepräsident von St. Niklaus Roger Imboden soll sich gar entschuldigt haben, dass er wegen eines Auslandaufenthaltes nicht an der Demo teilnehmen könne.

Nein zum Steuerpaket

Steuern werden steigen!

BERN/WALLIS – **Das Steuerpaket, über welches wir am 16. Mai abstimmen dürfen, soll gemäss den Befürwortern den Mittelstand entlasten. Im Wahrheit ist es ein Geschenk an die Reichen, welches die Normalverdienenden teuer zu stehen kommt.**

VON MARC KALBERMATTER

Als Wahlkampfgeschenk haben im Juni 2003 die bürgerlichen National- und Ständeräte ein explosives Paket geschnürt, welches angeblich den Mittelstand und die Familien entlasten sollte. Tatsächlich entpuppt sich dieses «Geschenk» bei genauerem Hinschauen als eine Mogelpackung mit fragwürdigem Inhalt: Reiche und Besitzer grosser Immobilien können sich über grosszügige Steuergeschenke im vierstelligen Bereich freuen, Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen, die bisher ohnehin kaum Bundessteuern bezahlen mussten, zahlen weiterhin nichts oder ein paar Dutzend Franken weniger.

Ungerechte Umverteilung nach oben

Folgender Vergleich sagt schon genug aus: Die 5.4% der Bevölkerung, welche mehr als 120 000 Franken jährlich netto verdienen, erhalten fast ²/₃ der Steuererleichterungen. Hingegen werden die rund 60% mit Netto-Einkommen bis 50 000 Franken, welche die Erleichterungen nötiger hätten, nur etwa 8% bekommen (siehe nebenstehende Grafik).

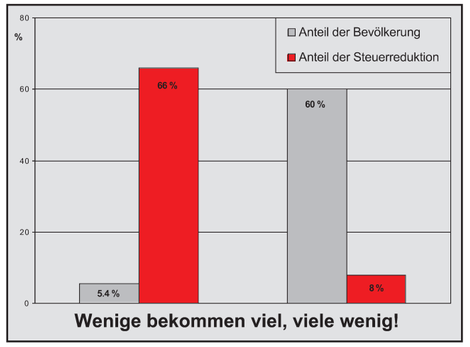
Jean-Michel Cina (CVP), Oskar Freysinger (SVP), Jean-René Germanier (FDP):
Das eigene Budget wichtiger als die Interessen ihres Kantons.

Wallis: Viele VerliererInnen

- Verlieren werden die stark verschuldeten Besitzer von Einfamilienhäuschen und Wohnungen, die im Wallis zahlreich sind. Sie werden mehr Steuern zahlen.
- Die ganz kleinen Einkommen zahlen schon heute keine Bundessteuer. Sie werden aber den Leistungsabbau bemerken.
- Mittelständische Familien werden einige Dutzend Franken an Bundessteuern sparen, dafür aber Steuer- und Gebührenerhöhungen in mehrfacher Höhe verspüren.

Wallis: GewinnerInnen dünn gestreut

- Besitzer grosser Immobilien (Wert höher als 2 Millionen Franken)
- Ehepaare mit Kindern und Einkommen von brutto über 100 000 Franken jährlich oder kinderlose Ehepaare mit über 120 000 Franken.
- Unter 45jährige, welche genug verdienen, um mit Bausparen jährlich bis zu 12 000 Franken legal der Steuer entziehen zu können.



Wenige bekommen viel, viele wenig!

Abstimmungs-Parolen der RA:

11. AHV-Revision:	***Nein***
Steuerpaket:	***Nein***
Erhöhung der Mehrwertsteuer:	***Nein***

Die Folgen für das Wallis und die Gemeinden

1. Politik der leeren Kassen

- Von den 2,5 Milliarden Franken Steuerausfällen, welche das Steuerpaket bei Kantonen und Gemeinden verursacht, fallen 122,2 Millionen Franken auf das Wallis.
- Um diese Ausfälle zu kompensieren, müssten in Wallis die Steuern um 10,8% erhöht werden.
- Ohne diese Kompensation würden die Gemeinden zwischen 5–10% ihrer Steuereinnahmen verlieren. Eine Katastrophe für viele hochverschuldete Kommunen.

2. So werden die WalliserInnen blechen

- **Gebühren werden teurer:** Für Abfall, Wasser, Abwasser, Strom etc.
- **Krankenkassenprämien steigen:** Der Kanton versucht, die Spitalkosten auf die Krankenkassen zu überwälzen.
- **Öffentlicher Verkehr – Verteuerung:** Durch fehlende Subventionen steigen die Billetpreise.

3. Hier trifft der Sparhammer das Wallis:

- **Gesundheitswesen:** Einzelne Disziplinen werden geschlossen. Pflegepersonal wird abgebaut.
- **Sozialwesen:** Heime für körperlich und psychisch Behinderte erhalten noch weniger Bundessubventionen; Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen werden reduziert.
- **Öffentlicher Verkehr:** In Randregionen werden Postautolinien ersatzlos gestrichen.
- **Umwelt:** Im Forstbetrieb gehen viele Stellen verloren, da das Geld fehlt.

Ständerat Rolf Escher:

Hurra, der erste Vorstoss ist da!

BERN/SITTEN – **Nach genau 1461 Tagen im Ständerat hat Rolf Escher seinen ersten Vorstoss in Bern platziert. Leider hat sich Escher nicht mit Staatsrat Jean-René Fournier abgesprochen und so konnte ihn der Bundesrat in seiner Antwort ganz schön peinlich abbürsten.**

VON KURT MARTI

Eigentlich hätte sich CVP-Ständerat Rolf Escher zuerst beim CVP-Staatsrat Jean-René Fournier erkundigen sollen, dann hätte sich sein erster Vorstoss in Bern nämlich erübrigt. Am 1. Dezember 2003 hat Escher in seiner Anfrage an den Bundesrat festgehalten, *«dass von den 82 Gemeinden des Deutsch sprechenden Kantonsteiles einzig 18 Gemeinden als wirtschaftliche Erneuerungsgebiete eingestuft sind.»* Im Gegensatz zum Welschwallis, wo sämtliche Gemeinden dazugehören (siehe Karte). Für Escher ist diese Festlegung *«nicht nachvollziehbar»*, so dass er den Bundesrat keck auffordert, *«die sachlichen Gründen für diese unterschiedliche Einstufung»* zu nennen.

Der Willen des Kantons!

Am 11. Februar 2004 lieferte der Bundesrat die Antwort: Das Volkswirtschaftsdepartement hat die Einstufung aufgrund der Stellungnahme der Walliser Regierung vorgenommen. Wörtlich: *«Die Einstufung entspricht dem Willen des Kantons.»* Am regelmässigen Treffen der Walliser Regierung mit den Walliser National- und Ständeräten musste nun Staatsrat Fournier und sein Delegierter für Wirtschaftsfragen, Pierre-Marie Rappaz, Farbe bekennen. In ihrem Erklärungsschreiben führt Rappaz einen wahren Zahlentanz auf, um die unlogische Einteilung der Erneuerungsgebiete zu begründen.

Erneuerungsgebiete: *Unterwalliser Schlagseite*

Zinsvorteil für Erneuerungsgebiete

Die Erneuerungsgebiete profitieren bei gewerblichen Bau- und Erweiterungsvorhaben sowie bei der Ansiedlung von innovativen Firmen von einer Zinshalbierung. Bei einer Investition von 3 Millionen zu 6 Prozent Zins macht das eine Verbilligung von 450 000 Franken in fünf Jahren. Es ist also von Vorteil, in einem solchen Erneuerungsgebiet zu liegen. Deshalb hat Rappaz auch sofort versprochen, die nicht eingeteilten Gemeinden des Oberwallis würden vermehrt von den restlichen Instrumenten der Wirtschaftsförderung profitieren.

Gomesia-Park in Lax: 203 000 Franken wofür?

Jetzt aber auf die Socken!

LAX – **Seit fast vier Jahren läuft das Regio-Plus-Projekt «Handwerks- und Dienstleistungspark Gomesia» in Lax. Dotiert mit einem Projektbudget von 203 000 Franken blieb das Vorhaben bisher ein Papiertiger. Projektleiter Alphons Imhasly hat noch ein Jahr Zeit. Dann verfallen nämlich die Bundessubventionen. Das Signal aus Bern ist klar: *«Jetzt aber auf die Socken!»***

(ktm) Mit dem Regio-Plus Projekt «Gomesia» in Lax soll ein Handwerks- und Dienstleistungspark initiiert werden, der den kleingewerblichen Unternehmen der Region eine Plattform für die Vermarktung ihrer Produkte und Dienstleistungen bietet. Dafür wurde eine Genossenschaft gegründet, welche von Alt-CVP-Grossrat Alphons Imhasly präsidiert wird. Auftragnehmer ist wiederum Alphons Imhasly beziehungsweis das Büro «Beratung, Planung und Treuhand AG», welches er zusmmen mit Josef Indermitte, dem Visper Regionalsekretär führt.

Realisierung noch nicht sichtbar

Obwohl das Projekt bereits im Juni 2000 gestartet wurde, ist in Lax vier Jahre später noch nichts Konkretes ersichtlich. Das Staatssekretariat für Wirschaft seco unterstützt das Projekt mit rund 100 000 Franken, davon sind bereits 33 000 Franken ausbezahlt. Ebenfalls die Gemeinde und die kantonale Wirtschaftsförderung leisten einen Beitrag von 5 000 und 4 000 Franken. Insgesamt sind also bereits 42 000 Franken geflossen. Die Gemeinde Lax hat sich bereits vor zwei Jahren erkundigt und bemängelt, dass *«die Realisierung noch nicht sichtbar»* sei. Ebenfalls das seco hat im letzten Jahr den schleppenden Gang kritisiert.

Ein Jahr bleibt noch Zeit

Imhasly bestätigt auf Anfrage die Verzögerungen und begründet diese mit der schlechten wirtschaftlichen Konjuktur. Zudem sei er krank gewesen und hätte eine halbjährige Kur gemacht. Jetzt arbeite er wieder und nehme die Sache in die Hand. Das wird auch Zeit! Denn die Projektdauer ist auf 5 Jahre begrenzt, wie seco-Mitarbeiter Hans Allemann sagt. Dann verfallen die noch nicht ausbezahlten Bundesbeiträge von 66 000 Franken. An die Adresse von Imhasly richtet Allemann die unmissverständliche Botschaft: *«Jetzt aber auf die Socken!»*

Roma-Flüchtlinge werden weiter schikaniert

Schlamperei der Fremdenkontrolle

SITTEN/BERN – **Sechs Monate sass der Roma Z. in Ausschaffungshaft, weil die kantonale Fremdenkontrolle und das Bundesamt für Flüchtlingswesen geschlampt haben. Und jetzt soll die Roma-Familie sogar ausgewiesen werden, obwohl sie in Serbien verfolgt wurde. Auf dem Buckel der schwer traumatisierten Roma-Familie betreibt die Schweiz eine zynische Abschreckungs-Politik.**

VON KURT MARTI

Am 14. Januar 2004 musste die Chefin der kantonalen Fremdenkontrolle, Françoise Gianadda, eine Niederlage einstecken. Während sechs Monaten hatte sie den Roma Z. in Crêtelongue in Ausschaffungshaft gehalten. Um einer bundesgerichtlichen Aufhebung der ungerechtfertigten Haft zu entgehen, verfügte sie überraschend die Freilassung von Z. Begründen konnte sie ihren Sinneswandel freilich nicht. Im Gegenteil! Sie zementierte ihre bisherigen Vorwürfe der fehlenden Kooperation und der Verschleierung der Identität, welche laut Anwalt Peter Volken *«aktenmässig weder belegt noch begründet sind.»*

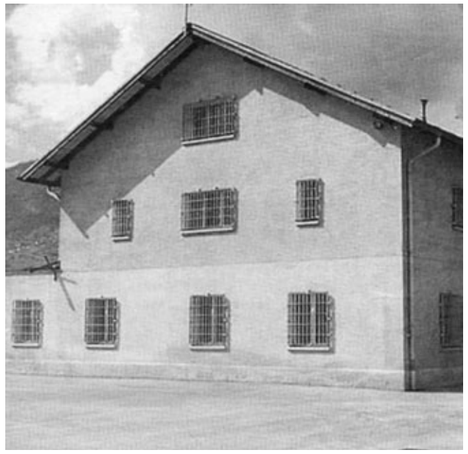
Françoise Gianadda: Praktisch nichts getan

Was Gianadda dem Roma Z. vorwirft, trifft viel mehr auf ihre eigene Dienststelle für Fremdenkontrolle und das Bundesamt für Flüchtlingswesen (BFF) zu. Während der gesamten Dauer der Haft haben diese laut Anwalt Volken *«praktisch nichts für das Vorantreiben des Verfahrens getan.»* Erst auf verstärkten Druck Volkens und die drohende bundesgerichtliche Schlappe, wurde ein professionelle Lingua-Expertise angeordnet. Der Experte kam aufgrund der halbstündigen Befragung des Romas Z. eindeutig zum Schluss, dass Z. ein Roma ist und Zeit seines Lebens in Serbien gewohnt hat und dort aufgewachsen ist. Diese Befragung hat Volken bereits neun Monate vorher verlangt. Aber die Asylbehörden, insbesondere Gianadda, hatten daran überhaupt kein Interesse. Nicht die menschenrechtskonforme Behandlung des Falles von Z. und seiner Familie war gefragt, sondern das abschreckende Signal für potenzielle Roma-Flüchtlinge aus Serbien.

Asylbehörden: Komplizen des serbischen Regimes

Zynischerweise machen sich die Schweizer Asylbehörden zu Komplizen des autoritären, serbischen Regimes, welches die Roma diskriminiert und verfolgt. Der Roma Z. und seine Familie haben vergeblich versucht, auf ihrer Botschaft in Bern gültige Reisepapiere zu beschaffen. Aus Belgrad kamen ebenfalls negative Signale ans Bundesamt für Flüchtlingswesen. Was die Asylbehörden während Monaten nicht schafften, wird nun dem Asylsuchenden Z. und seiner Familie vorgeworfen. Dazu Anwalt Volken: *«Nicht der Beschwerdeführer war unkooperativ, sondern die serbischen Behörden.»* Die Asylbehörden gehen mit keiner Silbe auf die Roma-Verfolgung in Serbien ein. Im konkreten Fall der Familie Z. werden die Gewalttätigkeiten durch die serbische Polizei als nicht glaubwürdig in Frage gestellt. Dies obwohl Josette Huber, Oberärztin am Psychiatriezentrum Oberwallis (PZO), mehrfach festgehalten hat, dass alle Mitglieder der Familie in Serbien schwer traumatisiert wurden und deshalb psychiatrisch behandelt werden müssen. Im vergangenen Dezember musste sogar das Bundesgericht das Kantonsgericht und die Fremdenkontrolle dazu zwingen, diesen Aspekt in die Beurteilung einzubeziehen.

Die Schweizer Behörden haben in der Vergangenheit schon genug Unrecht gegenüber den Zigeuner begangen, indem sie diesen die Kinder raubten und zur Adoption freigaben. Dazu Volken an die Asylrekurskommission: *«Solch krasses Unrecht darf sich nicht wiederholen.»*



Ausschaffungslager Cretelongue:
Zigeuner zwischen Serbischer Verfolgung und Walliser Willkür

Widerrechtliche Absonderungshaft angeordnet

Aber kein Verfahren gegen Cottagnoud

(ktm) Untersuchungsrichter Yves Cottagnoud hat den Roma R. (siehe RA Nov. 2003) während 63 Tagen in Absonderungshaft gehalten. Monatelang wurden Familienbesuche verweigert. Die Anwälte von R. und Schwiegervater Z. beklagen die fehlende Akteneinsicht und die Verletzung des Beschleunigungsgebotes. Die RA hat die Walliser Justiz aufgefordert, zu diesen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Im Auftrag der Walliser Justiz hat deren Generalsekretär Walter Lengacher in einem Schreiben an die RA den Schutzmantel über Cottagnoud ausgebreitet: *«Es bestand kein Grund, ein Disziplinarverfahren einzuleiten.»* Das ist kein Wunder, denn die Oberaufsicht über die Untersuchungsrichter hat das kantonale Untersuchungsrichteramt selbst.

Walliser Justizapparat: Meisterhafte Ausreden

Auf die Vorwürfe des verweigerten Besuchsrechtes, der fehlenden Akteneinsicht und der Verletzung des Beschleunigungsgebotes geht Lengacher gar nicht ein. Wahrhaft akrobatisch redet sich der frischgebackene Justizsprecher aus dem Vorwurf der illegalen Absonderungshaft heraus: Laut Auskunft der Gefängnisdirektion von Sitten sei R. aus «Platzgründen» in eine Absonderungszelle untergebracht worden. Untersuchungsrichter Cottagnoud gibt auch zu, dass er die illegale Absonderungshaft angeordnet hat. Doch laut Gefängnisdirektion habe für R. de facto nicht die Absonderungshaft, sondern die normale Untersuchungshaft gegolten. Wenn das stimmt, was zu bezweifeln ist, hätte sich die Gefängnisdirektion eigenmächtig über die Anordnungen des Untersuchungsrichters hinweggesetzt.

Die Walliser Gefängnisdirektoren und die Justiz sind nie verlegen, wenn es gilt, sich mit noch so fadenscheinigen Argumenten aus der Defensive herauszureden. Würde ein Untersuchungshäftling eine solche Ausrede präsentieren, würde er mit Sicherheit als Lügner abgekanzelt, und seine Aussagen wurden knallhart gegen ihn selbst verwendet.

UR Yves Cottagnoud:
Widerrechtliche Absonderungshaft für R. angeordnet.

Guten Morgen Justizia

Gut geschlafen?

WALLIS – **Die Walliser Justiz operiert mehrheitlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit, was sich negativ auf die Qualität der Rechtssprechung auswirkt. Auch mit dem neuen Informationsgesetz wird sich daran wenig ändern. Für mehr Transparenz braucht es eine Revision des Organisationsreglementes der Walliser Gerichte. Die Walliser Justiz muss aus dem Tief-Schlaf geweckt werden.**

VON KURT MARTI

Die Richter im Wallis sitzen in der Zwickmühle zwischen Information der Öffentlichkeit und dem Amtsgeheimnis. Davon kann der Visper Bezirksrichter Edwin Knubel ein Lied singen. Er hat vor zwei Jahren eine Pressemitteilung herausgegeben und den Termin der Hauptverhandlung im Strafverfahren gegen einen ehemaligen Geschäftsleiter einer Bank bekannt gegeben. Der Angeklagte lehnte daraufhin den Bezirksrichter Knubel als befangen ab und zog das Verfahren bis vor Bundesgericht. Dieses stützte schliesslich Knubels Informationspolitik. Das mühsame Verfahren erreichte seine abschreckende Wirkung. Obwohl die Kantons- und Bezirksrichter gemäss Organisationsreglement der Walliser Gerichte die Tagungsliste in Fällen von öffentlichem Interesse veröffentlichen können, hält sich nur das Kantonsgericht daran. Die Bezirksgerichte informieren nicht aktiv und auf Anfrage braucht es etliche Überredungskunst, um an die Sitzungsdaten heranzukommen.

Hohe Schweigemauern der Justizgesetze

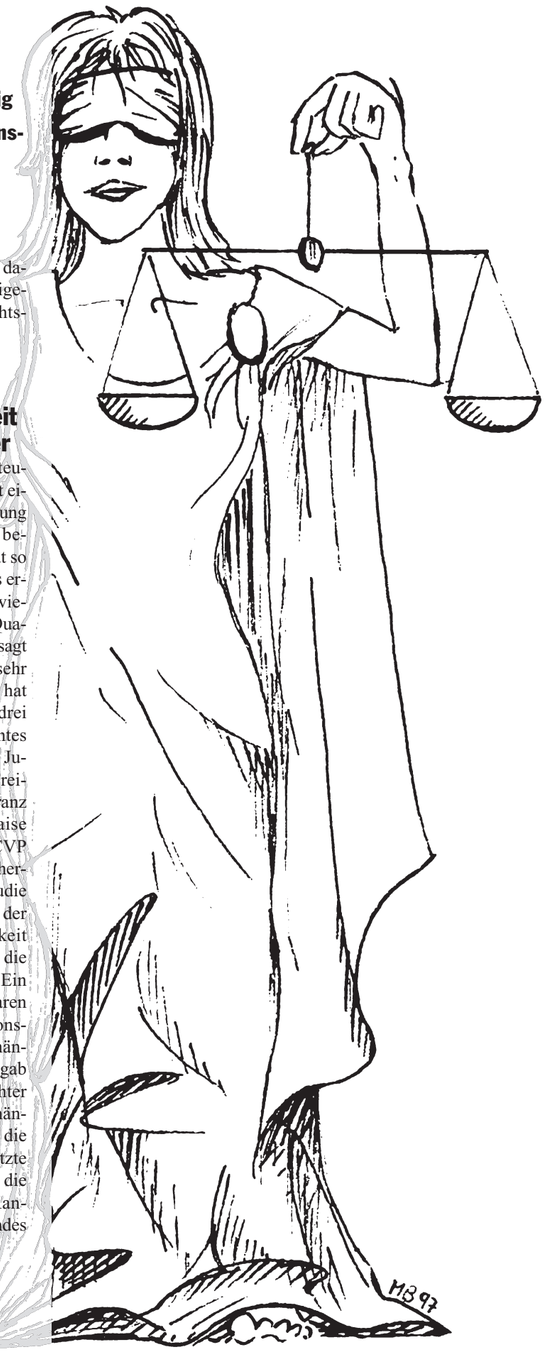
Die Transparenz der Justiz ist eine Errungenschaft der französischen Revolution und der Aufklärung. Man hatte damals genug von der Geheimjustiz des Adels und der Inquisition des Klerus. Zwei hundert Jahre später ist diese Transparenz noch keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Deshalb haben mehrere Kantone ein Informationsgesetz geschaffen, welches eine Informationspflicht der Kantons- und Gemeindeverwaltungen, aber auch der Justiz vorsieht. In Fällen der Geheimhaltung müssen die Instanzen begründen, wieso sie eine Information oder einen Bericht nicht heraus geben. Besonders für die Walliser Justiz wird es auch nach der Inkraftsetzung des Informationsgesetzes ein Leichtes sein, der Öffentlichkeit Informationen zu verweigern. Der Haken an der Sache ist, dass die entsprechenden Gesetze hohe Schutzmauern gegenüber der Öffentlichkeit aufbauen. Die Berichte der Untersuchungsrichter, die Überweisungsbeschlüsse der Staatsanwaltschaft und die Urteilsbegründungen der Richter können weiterhin unter Verschluss gehalten werden.

Qualitätssteigerung durch vermehrte Transparenz

Deshalb braucht es eine entsprechende Anpassung der Walliser Gesetze. Der Kanton Bern hat vorgemacht wie das geht. Gleichzeitig mit dem Informationsgesetz wurde auch ein Reglement verabschiedet, das die Justiz verpflichtet, den akkreditierten Journalisten in Strafsachen die Strafanzeige, den Schlussbericht der Untersuchungsbehörde, den Überweisungsbeschluss und die erstinstanzliche Urteilsbegründung auszuhändigen. Nur so kann eine öffentliche Kontrolle der Justiz wirksam werden und damit zu einer Qualitätssteigerung der Walliser Rechtssprechung führen.

Grosse Zweifel an der Unabhängigkeit der Kantonsrichter

Mit der 90 000 Franken teuren Umfrage der Justiz, ist eine solche Qualitätssteigerung sicher nicht möglich, besonders wenn das Resultat so herauskommt, wie man es erwartet hat, nämlich überwiegend positiv. Über die Qualität der Rechtssprechung sagt eine solche Imagestudie sehr wenig aus. Bekanntlich hat der «Beobachter» vor drei Jahren ein sehr schlechtes Zeugnis für die Walliser Justiz ausgestellt und der Freiburger Rechtsprofessor Franz Riklin hat diese Malaise auf die dominierende CVP zurückgeführt. Erstaunlicherweise wurde durch die Studie die damalige Kritik an der fehlenden Unabhängigkeit der Kantonsrichter durch die Umfrage voll bestätigt: Ein Viertel der Befragten waren der Meinung, die Kantonsrichter seien nicht unabhängig. Ein weiteres Viertel gab an, dass die Kantonsrichter mehr oder weniger unabhängig seien. Also mehr als die Hälfte der Befragten setzte ein Fragezeichen hinter die Unabhängigkeit der Kantonsrichter. Ein vernichtendes Urteil!



Augenbinde der Justizia:
Symbol der Unparteilichkeit oder für einen ungesunden, tiefen Schlaf?

So spielt Beton-Volken Katz und Maus!

■ Illegale Ablagerungen und keine Bewilligungen
■ Gemeinde Lax wollte Franz-Josef Volken büssen
■ Doch das Kantonsgericht lässt ihn laufen

LAX/SITTEN – **Der Gommer Beton-Zar Franz-Josef Volken zeichnete jahrelang für die Firma VOBO GmbH, welche in Lax eine Recycling- und Kompostieranlage betreibt. Immer wieder kam es zu illegalen Machenschaften. Als die Gemeinde Lax eine Busse aussprechen wollte, wurde sie vom Kantonsgericht unsanft zurückgepfiffen. Die haarsträubende Begründung: Die Firma existiert im Handelsregister gar nicht und folglich kann auch keine Busse ausgesprochen werden.**

VON KURT MARTI

«Neid und Konkurrenzüberlegungen» haben den Gommer Betonfabrikanten Franz-Josef Volken dazu getrieben, in Leuk einen neuen Standort aufzubauen (siehe Kasten). So wird der Beton-Zar vom WB zitiert. Das ist eine grobe Verfälschung der Tatsachen. Denn der Beton-Zar und Abfall-Profi ist nicht vor dem Neid und vor der Konkurrenz geflüchtet, sondern vor dem Gesetz!

Rey-Bellet verweigerte Strafuntersuchung

Wie die RA früher berichtete, haben die Firmen Beton Volken AG und Walpen AG in Lax tonnenweise Bauschutt aus Reckingen illegal verlocht, und zwar auf dem Gelände der VOBO GmbH, hinter der Franz-Josef Volken steckt. Dabei wurden die kantonalen Behörden vorsätzlich in die Irre geführt. Noch früher kippte die Beton Volken AG ebenfalls auf dem VOBO-Gelände tonnenweise Schlamm in die geschützte Uferlandschaft und in den Rotten. Die RA stellte dem kantonalen Baudepartement die Beweismittel zur Verfügung. Doch Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet wie auch der Justizapparat weigerten sich, eine Strafuntersuchung einzuleiten. Die RA wurde in diesem Zusammenhang auch nie als Zeugin vorgeladen. Rey-Bellet bestätigte in einem Brief an die RA die rechtswidrigen Handlungen und drohte bei erneuter Zuwiderhandlung mit einer Strafuntersuchung.

Gemeinde Lax wollte Beton Volken büssen…

Was der Staatsrat und der Untersuchungsrichter versäumten, nahm die Gemeinde Lax zur Hand. Sie verfügte im Juli 2002 gegen die VOBO GmbH ein striktes Ablagerungsverbot bis das illegale Material abgeführt und umweltgerecht entsorgt ist. Nach einem Jahr sah sich die Gemeinde gezwungen, eine Busse von 2500 Franken auszusprechen, weil *«die Bauabfälle bis dato nicht vollständig und umweltgerecht entsorgt worden sind.»* Zudem stellte die Gemeinde fest, dass Volken die Kompostier- und Recycling-Anlage widerrechtlich betreibt, weil die Bau- und Betriebsbewilligungen auf drei Jahre befristet waren und inzwischen ausgelaufen sind. Trotzdem habe Volken weiterhin Material deponiert. Die dreijährige Frist wurde von Volken anfänglich bestritten, obwohl sie klar im Vertrag festgehalten ist.

Illegale Ablagerung: *Lastwagen der Beton Volken AG in voller Aktion*

…aber die Firma VOBO GmbH existiert gar nicht!

Franz-Josef Volken reichte durch seinen Anwalt Herbert Imhasly im August 2003 beim Kantonsgericht Beschwerde gegen die Busse ein und behauptete, das VOBO-Areal sei inzwischen tadellos aufgeräumt. Und dann zieht Volkens Anwalt den Joker: *«Es trifft zu, dass die Bewilligungen der VOBO GmbH erteilt worden sind. Wie bereits ausgeführt, existiert die Firma nicht.»* Im Klartext: Franz-Josef Volken hat während fünf Jahren für eine Gesellschaft unterzeichnet, welche gar nicht im Handelsregister eingetragen ist. Imhasly wagte es sogar, die Gemeinde zu beschuldigen, sie hätte sich über die Existenz der Firma vorher erkundigen sollen. Dabei haben Imhasly und Volken die Gemeinde Lax in die Irre geführt, denn Imhasly hatte 1999 das Baugesuch ausdrücklich *«Namens und im Auftrag der VOBO GmbH»* eingereicht.

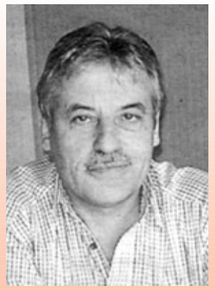
Kantonsrichter Leiggener liess Volken laufen

Kantonsrichter Erwin Leiggener ging voll auf diese haarsträubende Argumentation ein und hob die Bussenverfügung der Gemeinde Lax im Oktober 2003 auf. Zwar hat Franz-Josef Volken laut Leiggener *«gegen Verhaltensnormen (Art. 41 OR) verstossen und damit wesentlich dazu beigetragen, dass das Strafverfahren von Beginn an in eine falsche Richtung gelaufen ist.»* Weil aber die Firma nicht existiere, könne sie auch keine Organe haben, welche man strafrechtlich verfolgen könne. Volken kann also weiter machen wie bisher. Er benutzt das VOBO-Areal nach wie vor ohne gültige Bewilligung, wie die Gemeinde Lax bestätigt. Anfang Februar forderte die Gemeinde von Volken erneut Auskunft. Bis Anfang April blieb eine Antwort aus.

Kanton und Gemeinde eingeschüchtert!

(ktm) Franz-Josef Volken behauptet über seinen Anwalt Herbert Imhasly, der Kompostierplatz sei von der Gemeinde und vom Kanton *«inspiziert und abgenommen»* worden. Dieser Behauptung widerspricht der Laxer Gemeindepräsident Jean-Pierre Schnyder vehement: *«Die geplanten Einrichtungen sind noch gar nicht erstellt und die Gemeinde hat folglich die Anlage auch nicht abgenommen.»*

Wie mehrere Beteiligte bestätigen, hat Franz-Josef Volken starken Druck auf die Gemeinde und vor allem auf die Kantonsbeamten ausgeübt. An einer Ortsschau sei er mit einem dicken Ordner angerückt. Er habe zahlreiche Deponien im Oberwallis aufgesucht und die Missstände fotographisch festgehalten. Den Fakten-Ordner hielt er den Kantonsbeamten unter die Nase und drohte mit der Veröffentlichung in der Presse. Diese Drohung hat offenbar bis hinauf zum Staatsrat eingeschlagen. Nur so ist die passive Haltung des Baudepartements zu erklären.



Beamten eingeschüchtert: *Franz-Josef Volken erschien bei der Ortsschau mit einem Oberwalliser Sünden-Ordner*

Beton-Volken in Leuk: Warten auf Überraschungen

(ktm) Franz-Josef Volken will in Leuk auf dem Gelände der Arnold AG eine Beton- und eine Recycling-Anlage betreiben und investiert laut WB 26 Millionen Franken. Dabei hat er zwei der vier Firmen von Paul Inderkummen übernommen, nämlich die Ival Holding AG und die Leukerfeld Beton AG. Die Leuker Behörden haben den Gommer Abfall-Profi mit offenen Armen aufgenommen. Überraschungen sind in den nächsten Jahren so sicher wie das Amen in der Kirche. Das Duo Volken-Inderkummen bietet dafür ausreichend Gewähr.

Bass Treuhand: Mangelhaft?

Paul Inderkummens Arnold AG ist immer noch in der Nachlassstundung. Offenbar ist noch kein Nachlassvertrag zustande gekommen. Einer der Hauptgläubiger, der gelbe Gemeindepräsident von Ergisch, Gerhard Eggs, bringt die angespannte Situation auf den Punkt: *«Dazu sage ich überhaupt nichts!»* Laut Insidern hätte das Bezirksgericht Leuk die Nachlassstundung gar nicht bewilligen dürfen, weil die notwendige Substanz fehlt und offenbar ein Grossteil des Maschinenparks geleast sein soll. Aus Gläubigerkreisen ist auch die Kritik zu hören, die Buchhaltung durch die Albert Bass Treuhand AG sei äusserst mangelhaft geführt.

Illegale LFE-Piste
Vier Jahre für ein Baugesuch!

Laxer Alpe (1999): *LFE-Bagger schufen eine Wüste*

FIESCH/LAX – **Die Luftseilbahnen Fiesch-Eggishorn haben Ende der 90er Jahre auf der Laxer Alpe rund 20 000 Quadratmeter mit brachialen Methoden planiert. Das nachträglich eingereichte Baugesuch liegt seit dem Jahr 2000 beim Kanton, wo Gras über das Dossier wächst.**

VON KURT MARTI

«Das Dossier liegt bei Alfons Lehner vom Rechtsdienst. Wir werden nach der Schneeschmelze eine Ortsbesichtigung machen.» beteuerte Bruno Eyer, Sekretär der Kantonalen Baukommission anfangs April. Laut Auskunft der Gemeinde Lax hat Eyer dieselbe Information schon vor einem Jahr verlauten lassen, als sich die Gemeinde nach dem Verbleib des Baugesuches der Luftseilbahnen Fiesch-Eggishorn (LFE) erkundigt hatte.

Nachdem 1999 der *«Schweizerische Beobachter»* die illegalen Pistenplanierungen auf der Laxeralpe publik machte, verlangte die Kantonale Baukommission (KBK) von der LFE ein nachträgliches Baugesuch mit UVP-Bericht.

Gras wächst über das Baugesuch

Zudem erklärte der damalige KBK-Jurist Josef Zimmermann: *«Gegen die Organe der Luftseilbahn Eggishorn AG wurde eine Strafuntersuchung wegen Zuwiderhandlung gegen die Bauvorschriften eröffnet.»* Im September 2000 reichte die Gemeinde Lax das Baugesuch an die KBK weiter. Seither ruht es dort und Gras wächst über das Dossier.

Finnland und Schweden in der EU:

Keine Zukunft für die Neutralität?

HELSINKI/STOCKHOLM – **Die Europäische Union wird immer militärischer: EU und NATO rücken immer näher zueinander, eine europäische Krisentruppe wird aufgestellt, EU-Polizeitruppen agieren in Mazedonien. Die neutralen Länder Finnland und Schweden spielen dabei eine zwiespältige Rolle: Zum einen droht die Substanz der Neutralität ausgehöhlt zu werden, zum anderen ist es ihr Verdienst, dass die EU nicht schon längst zu einem Militärbündnis verkommen ist. Eine Bestandesaufnahme nach acht Jahren Mitgliedschaft.**

VON PATRICK ZEHNER

Die EU ist in den letzten Jahren militärischer geworden. Seit Ende 2003 besitzt die EU eine Eingreiftruppe von 60 000 Mann, von denen Teile unter Führung Frankreichs bereits im Kongo eingesetzt worden sind, in Mazedonien agieren EU-Polizeitruppen. Grund: Die EU will auf dem internationalen Parkett mitreden und das geht nicht ohne militärische Fähigkeiten. Diese Entwicklung ist an den Neutralen Ländern Finnland, Schweden, Österreich und Irland nicht spurlos vorbeigegangen. Vor allem Finnland und Schweden haben sich zwischen Bewahrung eines Mindestmasses an Neutralität und aktiver Einflussnahme in der europäischen Aussen- und Sicherheitspolitik äusserst kreativ gezeigt.

Die Petersberger Aufgaben

Finnland und Schweden stemmen sich seit ihrem Beitritt 1995 gegen die Aushöhlung ihrer Neutralität und die Militarisierung der EU. Von brennender Aktualität wurde das Thema allerdings erst im März 1997, als sechs EU-Mitglieder eine Fusion der Westeuropäischen Union (WEU, europäischer Pfeiler der NATO) mit der EU forderten, – und die EU damit durch die Hintertür mit der NATO zu verbinden suchten – reagierten die Nordlichter mit einem Kompromiss:Die EU gibt sich Kompetenzen im Bereich des Peace-Keeping (sog. Petersberger Aufgaben), die WEU als Militäralianz bleibt aussen vor, und führt nur die EU-Operationen aus.

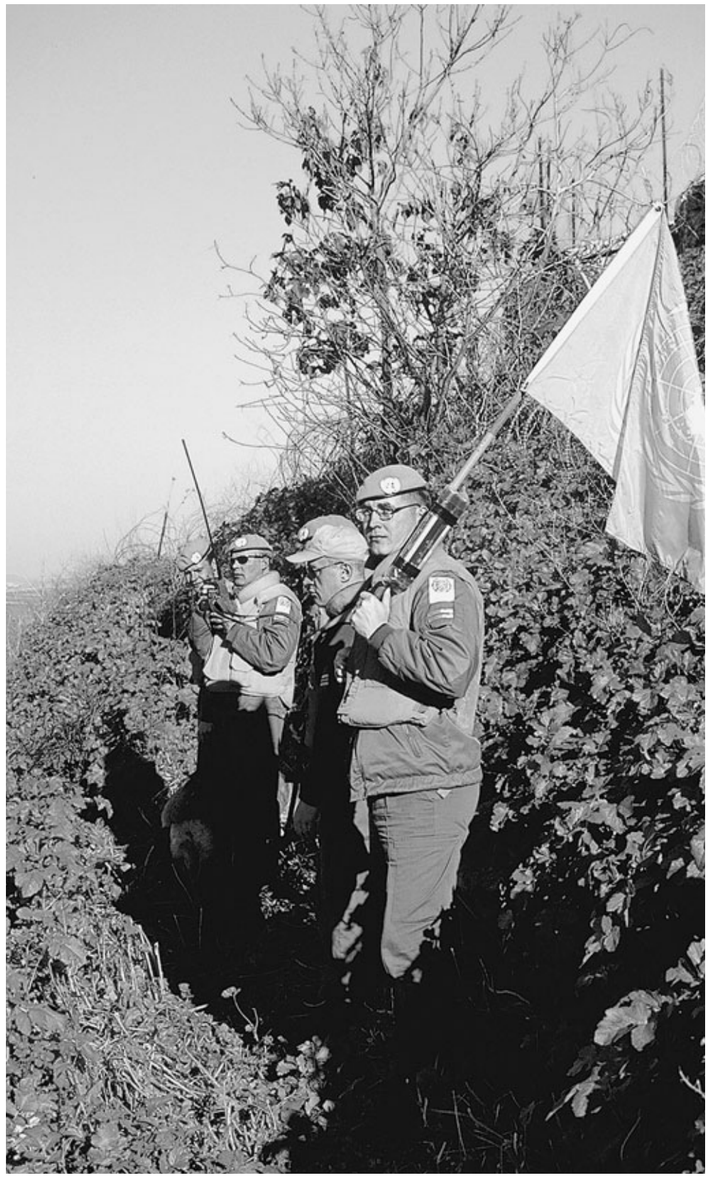
Finnische und schwedische Zauberlehrlinge?

Doch die aktive Befürwortung dieser Aufgaben hat die beiden zu Zauberlehrlingen gemacht. Seit 1998 wehren sich Finnland und Schweden gegen eine einseitige Betonung des militärischen Krisenmanagements. Trotz immensem Gegendruck nicht ohne Erfolg: Beiden gelang es denn auch, die EU in Helsinki und in Feira auf den Aufbau des zivilen Krisenmanagements zu verpflichten. Schweden vermochte während seiner Präsidentschaft ein Programm für die Krisenprävention zu lancieren, sowie den militärischen Gremien innerhalb der EU eines für ziviles Krisenmanagement anzugliedern.

Noch Raum für Neutralität?

Doch der Raum für die Neutralität wird knapp. In den letzten Jahren ist der Ruf nach gegenseitigen Sicherheitsgarantien immer lauter geworden. Zuletzt während den Beratungen zum Europäischen Konvent im Dezember 2004. Doch Beistandsgarantien widersprechen jeglichem Neutralitätsverständnis. Bislang haben sich denn auch die Neutralen erfolgreich gegen solche Garantien gestemmt.

Das grundlegende Dilemma für die europäischen Neutralen bleibt: Je mehr sicherheitspolitische Integration die EU anstrebt (was ausdrücklich auch im Interesse der kleinen Neutralen ist), umso weniger Platz gibt es für die Neutralität. Je mehr Neutralität die Länder aber bewahren wollen, umso grösser ist die Gefahr, die EU könnte im Sicherheitsbereich scheitern…



Finnische Uno-Blauhelme:
Die neutralen Peace-Keeping-Grossmächte Finnland und Schweden verhindern die Militarisierung der EU. Doch wie lange noch?

Wussten Sie schon, dass…

…Jean-Michel Cinas Zuger Finanzfirma das Aktienkapital von 240 000 Franken auf 1 900 000 Franken erhöht hat?

Noch-CVP-Fraktionschef Cina musste auf Druck der RA seine VR-Mandate auf der Steuerfluchtinsel Cayman Islands abgeben. Doch in der «Chapitre des Domaines Holding SA» sitzt er weiterhin im Verwaltungsrat. Am 3. November 2003 schüttet sich ein wahrer Geldregen über der Zuger Finanzfirma aus, welche vom Cina-Kollegen Pierre-Allain Mathier präsidiert wird. Woher das Geld kommt und wohin es geht und zu welchem Zweck ist leider nicht bekannt.

…Otto G. Loretan die Bauschulden seiner Villa in Randogne noch immer nicht bezahlt hat und mit der Versteigerung rechnen muss?

Bekanntlich litt Otto G. Loretan nach seiner Entthronung in Leukerbad an starken Entzugserscheinungen. Er baute in Randogne oberhalb Siders eine flotte Villa im Wert von 1,5 Millionen Franken. Um die Finanzierung kümmerte er sich freilich nicht und die diversen Baufirmen gingen ihm erneut auf den Leim. Immer wieder hat er diese nun auf neue Zahltermine vertröstet, zuletzt auf Weihnachten. Doch auch das Christkind wollte Otto G. nicht helfen. Die Schulden blieben offen. Aktuell hat er versprochen, auf Ostern zu zahlen. Ob ihm der Osterhase beim Eiersuchen behilflich war oder ob die Liegenschaft unter den Hammer kommt, berichten wir in der nächsten Ausgabe.

….Staatsanwalt Ferdinand Schaller gegen das Bumann-Bonvin-Urteil Berufung beim Kantonsgericht eingereicht hat?

Bekanntlich hat das Bezirksgericht Visp den Geometer Jacques Bonvin und die Sekretärin des Ingenieurbüros Bumann-Bonvin freigesprochen, nachdem Untersuchungsrichter Bernhard Tenud und Staatsanwalt Ferdinand Schaller einen weiteren Involvierten vorzeitig springen liessen, nämlich Josef Bumann, seines Zeichens Visper Präfekt und Regionspräsident. Wie nun Schaller auf Anfrage bestätigt, hat er gegen das erstinstanzliche Urteil beim Kantonsgericht Berufung eingereicht.

Buchbesprechung

Ein mutiges Herz

Leben und Tod des Journalisten Daniel Pearl

Daniel Pearl war ein couragierter Journalist beim «Wall Street Journal». Ein besonderes Anliegen war ihm die bessere Verständigung zwischen Osten und Westen, zwischen Islam, Christentum und seiner eigenen, der jüdischen Religion. Ein Tag bevor er Karatschi mit seiner im fünften Monat schwangeren Frau verlassen will, wird er entführt. Wer waren die Entführer? Al-Qaida Mitglieder oder ehemalige Taliban-Kämpfer? Doch diese Spekulationen sind nicht das Thema dieses sehr persönlichen Buches der seit 1999 mit Daniel verheirateten Mariane Pearl. Unnötig zu sagen, dass der brutale Mord ihr Leben bis ins Mark erschüttert hat. Trotz der tiefen Trauer gleitet das Buch über Daniel Pearl aber nie ins Sentimentale ab.

Es ist auch Kritik am Buch laut geworden, zum Beispiel gegen das arrogante Auftreten der Amerikaner, die es selbst mit grössten finanziellen Mitteln und ihrem Geheimdienst nicht schaffen, einen Landsmann aus der Hand von *«ungebildeten, bärtigen jungen Leuten»* zu befreien, wie sich Mariane Pearl in einem Spiegelinterview abschätzig ausdrückt. Zudem fordert Pearl die Todesstrafe für die Entführer, was ihr ebenfalls Kritik eintrug. Trotzdem ist das Buch lesenswert, weil es spannend geschrieben ist und dazu motiviert, mehr über die arabische Welt und das ungerechte Verhalten der USA in der Welt zu lesen.

Von Marie-Theres Kämpfen
Buchhandlung www.wegenerplatz.ch

Pearl Mariane: Ein mutiges Herz
Verlag Scherz, Fr. 34.80, ISBN 3-502-15476-7

Janis Joplin – Pearl

«Freiheit ist, wenn man nichts zu verlieren hat.»

Janis Joplin ist *die* weisse Blues-Sängerin. Sie sang den Blues, wie es zuvor noch niemals eine Weisse getan hat. Ihre überragende Fähigkeit, auf der Bühne auszudrücken, was ihr im wirklichen Leben versagt blieb, kennzeichnet sie als eine große Künstlerin. Sie steht auf einer Stufe mit Bessie Smith, Judy Garland oder Edith Piaf. Ihre Rolle als Frau im Musikgeschäft war beispielhaft. Die Ambivalenz zwischen äusserer Freiheit und innerlicher Zerissenheit prägte ihr Leben.

VON HILAR EGGEL

Janis mit nie enden wollender Energie und scheinbar unerschöpflichen Kraftreserven bei einem Open-Air-Konzert in San José (1968)

Am 19. Januar 1943 wird Janis Joplin in Port Arthur geboren. Sie war ein behütetes Wohlstandskind aus einer kleinbürgerlichen Kleinstadt im Staate der Todesstrafe, der Waffenfetischisten und der kriegerischen Präsidenten (G.W. Bush) – dem Staate Texas. Alles war für Janis mustergültig geplant. Das brave Mädchen sollte einen hohen Schulabschluss erreichen, ein Universitätsdiplom erwerben, heiraten… Die einzige, die da nicht mitspielte, war Janis, keinesfalls so brav, wie man es sich gewünscht hatte. Schon als Kind hatte sie für ihre Umgebung eigenartige Vorlieben. Nicht von seichten Schlagern war sie hingerissen, sondern von der Musik der Schwarzen, dem Blues. Sie war fasziniert von Bessie Smith (1895–1937).

Ein gefeierter Star der Rockmusik

Zusammen mit der in San Francisco ansässigen Rockgruppe «Big Brother und the Holding Company» unterschrieb Janis zuerst einen Plattenvertrag bei Mainstream Records. Der eigentliche Durchbruch gelang der Sängerin und den Musikern im Sommer der Liebe, 1967, beim Monterey International Pop Festival. Grossman, einer der erfolgreichsten und bekanntesten Entertaiment Manager, nahm sich der Band an und verschaffte ihr einen Vertrag bei Columbia Records, bei denen das populäre Album «Cheap Thrills» veröffentlicht wurde.

Im September 1969 veröffentlichte Janis mit der neu gegründeten Gruppe das bluesorientierte Album «I Got Dem Ol' Kozmic Blues Again Mama», das in den USA auf geteilte Meinungen stiess, in Europa jedoch als grandios gefeiert wurde. Zeitgleich verstrickte sich die junge Frau immer mehr im Lebensstil des Sex, Drugs & Rock'n'Roll. Alkohol und Heroin übten eine außergewöhnliche Faszination auf sie aus.

In der Männerdomäne des Musikgeschäftes

In den sechziger Jahren waren Frauen, die im Rampenlicht standen, ungleich schärfer der Kritik ausgesetzt als Männer. Weibliche Vorbilder wurden kaum als öffentliche Personen respektiert. In der Männerdomäne des Musikgeschäftes liess sich Janis aber nicht an den Rand drängen. Ihre Verhaltensweise stand in starkem Kontrast zum Rollenverständnis einer Frau aus der Mittelschicht und zum Bildungsbürgertum der fünfziger Jahre. Sie gehörte zu den «Sandwich-Frauen», die zwischen zwei extrem unterschiedlichen Frauengenerationen ihren eigenen Weg gehen mussten und dabei aufgerieben wurden.

Mit ihren Launen und ihrem rüden Verhalten schreckte sie selbst die eingefleischten Musikkenner auf. Mit einer ungeheuren Wucht und Vehemenz betrat sie die Rockbühne und riss das Frauenbild eines unterwürfigen Menschen vom Sockel. Sie war eine der wenigen Frauen, die eine eigene Band hatte. Sie hatte gelernt, sich nicht mehr von den Managern übers Ohr hauen zu lassen. Sie bestimmte im wesentlichen, was auf und hinter der Bühne geschah. Trotz oder gerade wegen ihrer Eskapaden avancierte die Sängerin zur Ikone des Feminismus.

Die weisse Blues-Sängerin

Janis Joplin war gleichsam das Synonym für die radikale Rebellion gegen die Spiesserkultur der fünfziger und sechziger Jahre. Ihr Gesang war echt und ergreifend. Sie sang den Blues, wie es zuvor noch niemals eine Weisse getan hatte. Sie hatte sich auf der Bühne gequält und geschunden. Selbst ihr grosses musikalisches Talent bewahrte sie nicht davor, mitunter Songs mit ihrer emotionalen Wucht so zu treffen, dass sich Melodie, Rhythmus und Harmonie in einem einzigen verzweifelten Schrei zusammenballten. Sie stürzte wie eine Naturgewalt in die Rockszene hinein, wie eine Dampfwalze. Sie sang ein Lied nicht einfach, sie verwüstete es, riss es in Fetzen und liess es explodieren. So wurde sie zur weissen Blues-Ikone und Rocksängerin mit Star-Format, der bis heute keine das Wasser reichen konnte.

Ode an die Freiheit

Janis war der weibliche Megastar der Rockmusik. Mit dem Medium der Musik transformierte sie ihre kompromisslose und völlig hemmungslose Art in einen gesellschaftlichen Prozess. Ihre persönliche Freiheit versuchte sie auf der Bühne öffentlich durchzusetzen und zu leben. Die zum Kult gewordene Zeile des von ihr interpretierten Kris-Kristofferson Songs «Me and Bobby McGee», «frei sein heisst, nichts mehr verlieren zu können», symbolisierte in knappster Form, dass sie mit ihrer subversiven Rolle zugleich ein zutiefst amerikanisches Ideal, die Idee der Freiheit, radikal zu Ende dachte und schliesslich daran zugrunde gehen musste. «Janis starb an einer Überdosis Janis», erklärte Eric Burdon nach ihrem Tod. Und tatsächlich: Wo die innere Energie die Melodie eines Songs bearbeitete, konnte man buchstäblich ihren Körper hören. Letztlich war es ein verzweifelter Aufschrei und eine sehnsüchtige Suche nach Wahrheit in einer Welt der Lüge.

Janis' Auftritt mit der Kozmic Blues Band

Ein widersprüchliches und provokatives Leben

Janis' Karriere dauerte nur gut vier Jahre. Lediglich vier Langspielplatten hat sie produziert und mit drei unterschiedlichen Bands gearbeitet. In Europa hat sie – auf dem Tiefpunkt ihrer amerikanischen Karriere – nur eine einzige Tournee absolviert. Ihr Presseimage war teilweise katastrophal, ihre Manager und Berater waren nicht selten liebenswerte, aber auch dilettantische Freaks. Ihr Leben war von vielen existentiellen Widersprüchen durchdrungen und mit viel Tragik verbunden.

Wie gross das provokative Potential war, ist heute – mehr als dreissig Jahre nach ihrem Tod – nicht hoch genug einzuschätzen. Denn wie konnte ein einfaches Mädchen mit verschmutzen Kleidern, Gewichtsproblemen, eher groben Gesichtszügen und ungehobeltem Benehmen zur Galionsfigur eines künstlerischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesses werden? Wie vermochte sie das vielfältige Spektrum von Themen wie in einem Brennglas auf sich zu ziehen, ohne dass sie je eine im engeren Sinne politische Position eingenommen hätte? Äusserlich frei und innerlich zerrissen, so charakterisiert Laura Joplin ihre Schwester in ihrer Biografie. Diese Ambivalenz ist sicherlich eine zutreffende Umschreibung für ihre psychische Befindlichkeit. Die zerstörerische Kraft ihrer Exzesse war aber zugleich Quelle und Ausdrucksmittel ihrer künstlerischen Identität.

Nur wenige Monate nach ihrem Tod erschien das unvollendete Album «Pearl» mit der Full Tilt Boogie Band. Der Song «Burried Alive in the Blues» von Nick Gavenites wurde in memoriam an die grossartige Blusssängerin als Instrumentaltrack veröffentlicht. Mehr als dreissig Jahre nach ihrem Tod ist der Mythos der Janis Joplin auch weiterhin ungebrochen.

Literaturhinweise

- Heinz Geuen, «Hemmungslos das Leben spüren» – Janis Joplin, München 2000
- Ingeborg Schober, Janis Joplin, München 2002

Internet

- www.janisjoplin.net
- www.officialjanis.com

Ein intensives, aber leider zu kurzes Leben

Janis Joplin ist auch heute noch allgegenwärtig als eine Person, die polarisiert hat. Sie war ein weiblicher Tramp, ruhelos, experimentierfreudig, verstiess gegen alle Konventionen und steckte voller Widersprüche. Sie sang schwarz und war weiss, liebte ausgefallene Kleider und Schmuck, wollte das brave, bürgerliche Mädchen sein, konnte es nicht und pendelte bis zu ihrem Tod zwischen Bürgerlichkeit und Boheme, Anpassung und Rebellion, Agression und Friedfertigkeit.

In der Geschichte der Pop-Musik nimmt sie einen ganz besonderen Platz ein. Sie war die weiße Bluessängerin. Sie sang den Blues mit solcher Intensität, wie es noch nie eine weisse Sängerin vermocht hatte. Sie lebte den Blues, war trotz aller Erfolge und des grossen Jubels um ihre Person unglücklich und lag mit der Welt und mit sich selbst in einer dauernden Fehde. Und sie starb den Blues, wie ihr grosses Vorbild, Bessie Smith, der sie kurz vor dem eigenen Tod einen Grabstein stiftete.

Janis Joplins Lebensweise war selbstzerstörerisch. Sie war sich dessen durchaus bewußt und konnte darüber mit sezierender Schärfe und Klarheit sprechen, aber diese Erkenntnisse halfen ihr nichts. Sie hatte mit Lebensumständen zu kämpfen, die ihr ihre gesamte physische und psychische Kraft abverlangte. Im unheilvollen Kreislauf von Tourneen, Plattenaufnahmen, Fernsehshows und Partys gingen ihre Hoffnungen und Wünsche unter. Sie blieb ein gespaltener Mensch, gleichsam symbolisiert durch ihren eigenen Namen, der ja vom doppelgesichtigen römischen Gott Janus abgeleitet ist.

Freilich: Janis war nicht die einzige, die ein tragisches Schicksal einholte. Sie teilt die Eigenschaft des posthumen Ruhmes mit anderen Kultgestalten wie Jimi Hendrix und Jim Morrison. Sex, Drogs and Rock 'n' Roll sowie der frühe, geradezu programmatische und zugleich beinahe zufällige Tod sind Ausdruck des intensiven, aber leider auch kurzen Lebens dieser Kultgrössen.

Hilar Eggel

Die Freiheits-Ballade «Me and Bobby McGee» aus der Feder von Kris Kristofferson, eroberte in Windeseile die Hitparade und wurde posthum zum ersten Nr.-1-Hit von Janis Joplin:

«Freiheit ist nur ein anderes Wort dafür,
wenn man nichts mehr zu verlieren hat.
Nichts bedeutet nicht nichts,
wenn es frei macht.
Und sich gut fühlen, war einfach, Gott,
wenn er den Blues sang.
Weisst Du, sich gut zu fühlen
war mir gut genug
Gut genug für mich und meinen Bobby McGee.»

Wohin frau/man geht

Umwelt-Agenda

Dienstag, 20. April, 19.00 Uhr,
Kollegium Brig
Allergien und Umwelt, welche Präventionsmassnahmen machen Sinn?
Vortrag von Dr. Norbert Yawalkar

Donnerstag, 22. April, 20.00 Uhr,
Bahnhofbuffet in Brig
Schmetterlinge im Alpenraum
Diavortrag mit Ralph Imstepf

Sonntag, 25. April
Vogelbeobachtung
Ornithologischer Morgenspaziergang für Laien

Samstag, 8. Mai, 7.38 Uhr,
PTT Brig
Flora und Fauna der Follatères
mit Delphine Jordan und Stefan Armbruster

Samstag, 15. Mai, 7.15 Uhr,
Posthaltestelle Geimen
Vögel im Natischerberg
mit Stefan Armbruster

Donnerstag, 3. Juni, 19.00 Uhr,
Haltestelle Biela (Ried-Brig)
Botanischer Abendspaziergang auf der Achera Biela
mit Peter Imhof

Dienstag, 8. Juni, 19.00 Uhr,
Kollegium Brig
Renaturierung von Fliessgewässern im Talgrund
Vortrag von Ernst Abgottspon

Samstag, 12. Juni, 9.00 Uhr,
Relais Walker, Mörel
Felsenschwalbenbruten an Wohnhäusern
Vortrag und Exkursion mit Prof. Dr. U.N. Glutz von Blotzheim

Sonntag, 20. Juni, 7.30 Uhr,
Schutzhaus Engelloch
Halbtägige naturkundliche Exkursion im Simplongebiet
Leitung: Delphine Jordan

Sonntag, 20. Juni, Zermatt
Ganztägige Exkursion: Flora von Zermatt
mit dem gleichnamigen Buchautor Arnold Steiner

Samstag, 17. Juli,
Fafleralp, Lötschental
Schmetterlinge im alpinen Lebensraum
mit Ralph Manz

Nähere Informationen & Anmeldung:
Oberwalliser Umweltsekretariat
Tel. 027 923 61 62

Kunstvoll & Tünel, Naters

Jeden Sonntag ab 10.00 Uhr
Brunch

Sonntag, 18. April
Jazz mit Franz Fux & Amadeo D'Alpaos

Jeden Donnerstag ab 20.00 Uhr
Jam Session

Freitag, 30. April und Freitag, 4. Juni um 20.00 Uhr
El Kino

Freitag, 16. April, 21.00 Uhr
Funk Night

Samstag, 17. April ab 21.00 Uhr
Jazz mit Franz Fux & Amadeo D'Alpaos

Freitag, 7. Mai ab 21.00 Uhr
Electric Dance Night

Samstag, 17. April, Samstag 8. Mai und Samstag 12. Juni ab 21.00 Uhr
Single Party

Freitag, 23. April, Freitag 28. Mai und Freitag 25. Juni ab 21.00 Uhr
Gleich & Gleich Party

Konzerte im Oberwallis

Samstag, 10. April, 21.00 Uhr
Moshpit, Naters
Allpot Futsch & Green-Frog-Feet
Konzert

Samstag, 17. April, 20.00 Uhr
Moshpit, Naters
Moshpit Night, *Konzert*

Samstag, 17. April, 20.30 Uhr
Zentrum Missione, Naters
Plüsch, *Konzert*

Samsatg, 17. April, 21.00 Uhr
MZA, Stalden
Army-Night'84, *Party*

Freitag, 30. April, 21.00 Uhr
Jazz-Chälli, Visp
Jazz Night, *Konzert*

Donnerstag, 13. und Freitag, 14. Mai, 17.00 Uhr, Litternahalle, Visp
Powermesse 7, *Konzert*

KELLER THEATER BRIG

Sonntag, 18. April, 11.00 Uhr
Matinee
Quatuor de Neuchâtel & Piano

Samstag, 8. Mai, 20.30 Uhr
Lyn Leon
Acid- und Nu-Jazz

Freitag, 14. Mai, 20.30 Uhr
Alf Mahlo
Der Menschenfreund

Infos unter: www.kellertheater.ch

Oberwallis 1. Maifeier 2004

Ab 12.00 Uhr auf dem Sebastiansplatz in Brig

- Essen und Getränke
- Live-Konzerte
- Verschieden Stände
- 1. Mai-Ansprachen um 19.00 Uhr
- ab 22.00 Uhr Konzert im Tünel, Restaurant Kunstvoll, Naters

Bei schlechter Witterung findet die 1. Mai-Feier ab 19.00 Uhr im Restaurant Kunstvoll (ehem. Simplon) in Naters statt.

Oberwalliser Gewerkschaftsbund, SP-Oberwallis, JUSO, Antifa

s+z:gutzumdruck.

Design
Layout
Repro
Satzherstellung
Crossmedia
Druck
Falzen
Heften
Einstecken
Kuvertieren
Adressieren
Postaufgabe

s+z:gutzumdruck.
Summermatter
und Zimmermann
nellenstadel 1 // postfach
3902 brig-glis
fon 027 924 30 03
fax 027 924 30 06
info@sundz.ch
www.sundz.ch

Zi-Täter

«In der Rückschau Fehler anzuprangern hat Tradition. Man vergisst dabei aber, dass letztlich alle profitiert haben. Und insofern es überhaupt eine Schuld gibt, so ist sie nur kollektiver Art.»
Roman Weissen, Informationschef des Nachrichten Dienstes im Militärdepartement, Bern

Rote Anneliese: ***In welcher früheren Angelegenheit, welche Sie betrifft, hätten Sie denn gerne die Schuld kollektiviert, Herr Weissen?***

«Einen der stillen aber wichtigen Jobs in der Bundesverwaltung hat Roman Weissen aus Unterbäch, der heute als Informationschef des Nachrichtendienstes über mehr Informationen verfügt als die ganze Redaktion des Walliser Boten.»
Klaus J. Stöhlker, Unternehmensberater, Unterbäch

Rote Anneliese: ***Armseliger Nachrichtendienst!***

«Sicherheit fängt bei jedem Einzelnen an. Wenn ich dieses Lonza-Motto etwas vergewaltige, kann man sagen: Ethik fängt bei jedem einzelnen an.»
Stephan Mischler, Lonza-Direktor, Visp

Rote Anneliese: ***Und wo fängt die Vergewaltigung an?***

«Entweder respektieren wir die Gesetze oder wir geben alles frei.»
Herbert Volken, ehemaliger CVP-Grossrat, Fiesch

Rote Anneliese: ***Man kann immer klüger werden, auch wenn man Volken heisst.***

Informationen aus erster Hand. Mit einem Abo der RA.

☐ **Ich bestelle die «RA»**
☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**
☐ **Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis (Fr. 20.–)**

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax 027 923 69 71

Im Sekretariat der Roten Anneliese

Büro zu vermieten (15 m²)

Ort:
Restaurant Simplon, Naters
3. Stock

Preis:
150 Franken pro Monat

Auskunft erteilt: 027 923 63 89

Die Ultrakonservativen und Schwulenhetzer greifen nach dem FC Sitten

Luisier ist tot – Ecône lebt!

WALLIS – **Der Hauptsponsor des FC Sitten heisst Dominique Giroud. Er gehört zu den ecône-nahen, ultrakonservativen Kreisen im Unterwallis. Giroud versucht in die Fussstapfen des verstorbenen Nouvelliste-Chefs André Luisier zu treten, welcher zu den Gründern des Priesterseminars in Ecône gehörte und sich mit seinem FC Sitten-Sponsoring und weiteren Investitionen ruinierte.**

Fussball liegt den Ultrakonservativen im Blut: *Seminaristen beim Tischfussball; Dominique Giroud (rechts) übernimmt ein schweres Erbe von André Lusier (links).*

VON KURT MARTI

Gegen eine Million Franken haben die neuen Sponsoren des FC Sitten in den maroden Club eingeschossen, allen voran der Weinproduzent Dominique Giroud aus Chamosson. Die Fussballspieler tragen jetzt auf der Brust den Namen von Girouds Weinfirma. Giroud hatte erstmals Aufsehen erregt mit der ultrakonservativen Organisation «romanDit», welche 1997 für die Plakataktion gegen die Abtreibungsbefürworterinnen verantwortlich war. Als Hauptverantwortlicher wurde er für diese Aktion verurteilt.

Bischof und Giroud: Teuflische Spiele

Zum zweiten Mal in Aktion trat Giroud als Dirigent der ecône-nahen «Citadelle», der Nachfolgeorganisation von romanDit. Die Citadelle richtete sich in grober und menschenverachtender Manier gegen die Gay Pride 2001. In einem Inserat im Nouvelliste wurden die Homosexuellen als Kriminelle, Sadomasochisten und Krankheitsträger diffamiert. Nouvelliste-Chef François Dayer redete sich unrühmlich heraus, indem er erklärte, die erste Version von Girouds Machwerk sei noch härter formuliert gewesen und sei von der Redaktion zurückgewiesen worden. Bedeutend rigoroser reagierte ein französischer Internet-Provider, welcher die Web-Seite, wo das Inserat auch erschien, kurzerhand sperrte. Löbliche Unterstützung hingegen bekam Schwulenhetzer Giroud von Bischof Norbert Brunner, welcher die Schwulendemo als «teuflisches Spiel» bezeichnete.

Christian Constantin: Apolitisch

Keine Berührungsängste mit den Ultrakonservativen hat Christian Constantin, Präsident des FC Sitten. Er erklärte gegenüber dem Nouvelliste, es handele sich um *«eine wirtschaftliche Beziehung mit Jungen, welche im Wallis arbeiten und etwas aufbauen wollen»*. Der FC Sitten sei *«apolitisch, christlich und katholisch»*. Mit Ecône habe das nichts zu tun. Die Geschichte lehrt etwas anderes. Denn schon einmal hatten die Ecônisten ihre Arme schützend über den FC Sitten gelegt. Es war die goldene Ära von Nouvelliste-Chef André Luisier welcher Millionen in den Club gepumpt hatte, bis ihm die Puste ausging und der FC Sitten in die unteren Klassen absackte. Luisier war aber auch Sponsor des Priesterseminars von Erz-Bischof Marcel Lefebvre, der für seine antidemokratische und monarchistische Haltung bekannt war. Lefebvre hatte sich gegen die Erneuerungsbewegungen in der Kirche gestellt und zelebrierte hartnäckig lateinische Messen wie im tiefsten Mittelalter. Heute studieren in Ecône rund 160 angehende Priester. Doch die Zeiten haben sich ein wenig geändert. Damals konnte Ecône noch auf die öffentliche Unterstützung von hochrangigen Politikern wie Bundesrat Roger Bonvin, Ständerat Guy Genoud und Staatsanwalt Roger Lovey zählen. Heute werden die Fäden im Hintergrund gezogen.

Der heitere Schluss

Happy Birthday

*****

Wir gratulieren
Chefredaktor Pius Rieder
zu seinem 60. Geburtstag.

*****

Mit den besten Glückwünschen zum runden Geburtstag
unser Menü-Vorschlag für die illustre Tafelrunde:

Entrecôte «Pius Rieder»
an pikanter Kräuterknoblauch-Sauce
auf einem Champignon-Kompott-Nest
Auserlesenes Gemüse-Bouquet
Dazu servieren wir Ihnen
unsere hausgemachten Pappardelle

Als Verkaufspreis halbieren wir die
60 Jahresringe von Pius Rieder:
Fr. 30.– pro Person

Ihr unverschämt charmanter Landgasthof Waldhaus-Grichting
«Walliser Gastgeber-Team des Jahres 2002»
ausgezeichnet vom guide-bleu.ch

Familie Evelyne und Harald Beckert-Grichting
mit Waldhaus-Team, 3954 Leukerbad

Gibt es ihn auch als Haus-Wurst?

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 182 / April 2004
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis